

1 F 2824 F

darmstädter studenten zeitung

DM 0,60

Hochschulangehörige
DM 0,30

Februar 1971
19. Jahrgang

Nr. 117/18

Von der Hochschule ins Irrenhaus



Wahl des Präsidenten

Am 10. Februar tagte der Senat, um die dem Konvent vorzuschlagenden Präsidentenkandidaten zu bestimmen. Die Befürchtungen des AStA und der Basisgruppen, man werde den von ihnen favorisierten Professor Böhme (Lehrstuhl für neuere Geschichte) nicht vorschlagen, erfüllten sich nicht. In geheimer Abstimmung entschied sich der Senat mit großer Mehrheit (18 gegen 1 Stimme) für die Benennung von Böhme und Krupp (Lehrstuhl für Sozialpolitik, Uni Frankfurt). Damit benötigen Krupp und Böhme nur eine einfache Stimmenmehrheit im Konvent, um zum Präsidenten gewählt zu werden. Andere Kandidaten kann der Konvent nur mit Zweidrittelmehrheit wählen.

am 17. 2., 17.00 Uhr
Audimax

Inhalt

- 2 **Alle Neunzig**
Der Konvent der TH
konstituierte sich
- 7 **Alle Macht der Vollversammlung**
Studentenschaft billigt
neue Satzung
- 8 **Erziehung und Klassengesellschaft**
- 10 **Von der Hochschule ins Irrenhaus**
Die Funktion der Prüfungen
in unserer Gesellschaft
- 14 **Hineinschlüpfen und sich
wohlfühlen**
Ärger im Verwaltungsgebäude
- 15 **Mensafragebogen**
- 17 **Vater werden ist doch schwer**
Darmstädter Arzt sucht
Samenspender
- 18 **Hochschule kaputt?**
Haushalt 1971/72 auf Sparflamme
- 20 **Spanien:**
Der Widerstand festigt sich
- 22 **Gordischer Knoten**
Die Zukunft Mozambiques
entscheidet sich am Sambesi
- 24 **Possen-Reißer**
Das Studentenwerk braucht einen
neuen Geschäftsführer
- 25 **Mehr Geld für „Würdige“**
Stipendien und Freibeträge
wurden erhöht
- 27 **Krautkrämereien**
Fachbereiche ermitteln Beauftragte
mini-markt

Einem »on dit« zufolge...

... haben die studentischen Vertreter
in der Mensakommission nachweislich
Hornhaut auf Gaumen und Zunge.

(dsz 65)

Deshalb:

MEN- FRAGE- SA BOGEN

auf Seite 15 und 16

darmstädter
studenten
zeitung

Nr. 117/18

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zweimal im Vierteljahr. Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16 25 17.

Verantwortlich: Martin Burgheim
Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240. Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtsparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. dpa-Bild auf Seite 23

Das Papier für den Innenteil ist eine Spende der Firma E. Holtzmann & Cie. AG, Weisenbachfabrik.

Für den Umschlag wurde holzfrei Windmühle Original Kunstdruckpapier verwendet; es ist eine Spende der Papierfabrik August Köhler.

Alle Neunzig

Der Konvent der TH konstituierte sich

Der Konvent der THD ist gewählt. Die Hochschule hat erstmals seit Anfang des Jahres 1970, als die damalige Satzung („Reformsatzung“) durch das Kasseler Urteil außer Kraft gesetzt wurde, wieder ein zentrales Organ, das dem früheren Großen Senat vergleichbar ist. Die wichtigsten Aufgaben des Konvents sind

- Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten,
- Besetzung der Ständigen Ausschüsse
- Verabschiedung und Änderung der Hochschulsatzung
- Behandlung von hochschulpolitischen Grundsatzfragen und Fragen der Hochschulreform.

Die konstituierende Sitzung des Konvents fand am Mittwoch, 3. 2., statt.

Die Grundsätze für die Wahl der 90 Mitglieder des Konvents (derzeit 27 Hochschullehrer, 27 wissenschaftliche Mitarbeiter (Assistenten), 27 Studenten und 9 nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter) sind im Hess. Universitätsgesetz vom 12. 5. 1970 verankert. Da es sich dabei um ein Gremium handelt, das erstmals nach diesem Gesetz zu bilden war, mußte eigens eine Wahlordnung vom Kultusministerium erlassen werden; sie ist für die vier hessischen Hochschulen (Marburg, Gießen, Frankfurt, Darmstadt) gleich. Für alle weiteren Konventswahlen wird eine vom Konvent zu beschließende eigene Wahlordnung zur Verfügung stehen, die besondere Darmstädter Bedürfnisse berücksichtigt.

Riesenaufwand

Die Umständlichkeit des Verfahrens, mit dem dieser Konvent zustande kam, ist sowohl auf das Gesetz als auch auf die Wahlordnung zurückzuführen, die nicht nur nicht auf Darmstädter Verhältnisse zugeschnitten war, sondern überhaupt universitäre Verhältnisse kaum berücksichtigte. Auf jeden Fall stand der Aufwand, der dem einer Kommunalwahl gleich, in keinem Verhältnis zu dem (vergleichsweise lächerlichen) Organ, das hier gewählt wurde. Einiges dürfte bei der hochschuleigenen Wahlordnung anders werden; das Verfahren der Verhältniswahl allerdings wird bleiben, da es im Gesetz festgelegt ist. Das bedeutet, daß selbst bei den Fachbereichswahlen in Mini-Fachbereichen Listen aufgestellt werden – auch da, wo es zum Beispiel nur ein halbes Dutzend nichtwissenschaftliche Bedienstete gibt.

Die Prozedur zu den Wahlen begann bereits im November des letzten Jahres, als ein an Personen umfangreicher Wahlvorstand (8 Mitglieder mit je zwei Vertretern) gebildet wurde. Dann wurde den Mitgliedern der Körperschaft Hochschule, Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studenten und nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern, in einer Wahlbekanntmachung eröffnet, sie gehörten einer dieser Gruppen an, die nunmehr die Nummern römisch eins bis vier trügen; und es sei an ihnen, Listen zur Wahl aufzustellen.

Bis zum 16. 12. 1970 wurden in der

- Gruppe I (Hochschullehrer) drei Listen, in der
- Gruppe II (Assistenten) ebenfalls drei Listen, in der

- Gruppe III (Studenten) sieben Listen und in der
- Gruppe IV (nichtwissenschaftliche Mitarbeiter) zwei Listen aufgestellt.

Hochschullehrer

Die von vornherein aussichtsreichste Liste bei den Hochschullehrern war Liste 3, die von Prof. Schultz, dem Organisator der 72 Darmstädter Verfassungskläger, angeführt wird. Es ist eine nahezu reine Ordinarienliste. Obwohl von ihr, wie von allen Hochschullehrerlisten, bisher nichts Schriftliches verlautete, macht die politische Einordnung der Liste 3 keine Schwierigkeiten. Der hochschul- und gesellschaftspolitische Standort der dort Versammelten ist im Darmstädter Manifest, in Normenkontrollklagen gegen fortschrittliche Hochschulsatzungen und in Verfassungsklagen gegen Hochschulgesetze, welche die Ordinarienmacht in Frage stellen, nachzulesen.

Den Gegenpol zu dieser Liste bildet die Liste 2, die angeführt wird von Prof. Guther, der von seinem Amt als Rektor der TH zurücktrat, als das Hessische Hochschulgesetz am 6. 5. 70 verabschiedet wurde. Es war ihm zu rückschrittlich. Andere Namen, wie Teschner, Laugwitz, Böhme und Kade, sprechen dafür, daß auf dieser Liste die progressive Minderheit der Darmstädter Professoren zu finden ist.

Dazwischen steht Liste 1 der Hochschullehrer. Sie ließe sich politisch von der Schultz-Liste kaum unterscheiden, wären auf ihr nicht Fuchssteiner und Klug vermerkt. Vielleicht hatten sie gehofft, durch eine solche Liste der „Mitte“ Schultz und seine Mannen abblocken zu können. Das gelang nicht. Die Reaktion unter den Hochschullehrern hat einen klaren Sieg errungen.

Eine Überraschung war das Abschneiden der Guther-Liste. Für sie waren bestenfalls 20 Stimmen zu erwarten. Das erreichte Ergebnis spricht dafür, daß es doch einige Hochschullehrer gibt, die progressiver sind, als sie zuzugeben wagen.

Assistenten

Bei den Assistenten traten wesentlich zwei Listen gegeneinander an: Liste 2 (INTERFAK) und Liste 3 (ACTIO). Liste 1 (Unabhängige Wählerinitiative – UWI) mit Gustav Heumann, ehemals Rechts-

außen im Großen Senat, auf Platz 5 ist eine reine Chemikerliste, die ihre Unabhängigkeit in der Wahlzeitung damit definierte, daß sie keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen gedenkt, ein Bemühen, das größte Unterstützung verdient. Ansonsten bieten die dort versammelten Herren eine Menge Fachborniertheit einem von vornherein fest umrissenen Wählerstamm, der sich aus Chemikalienrührern, Affenhaltern und Steinesammlern aus der Fakultät für Chemie, Biologie, Geologie und Mineralogie und einigen versprengten Reaktionären aus anderen Fakultäten zusammensetzt. Das Ergebnis war dann auch danach: UWI erhielt 129 Stimmen. Das ergibt 5 Sitze im Konvent, Gustav Heumann ist wieder dabei.

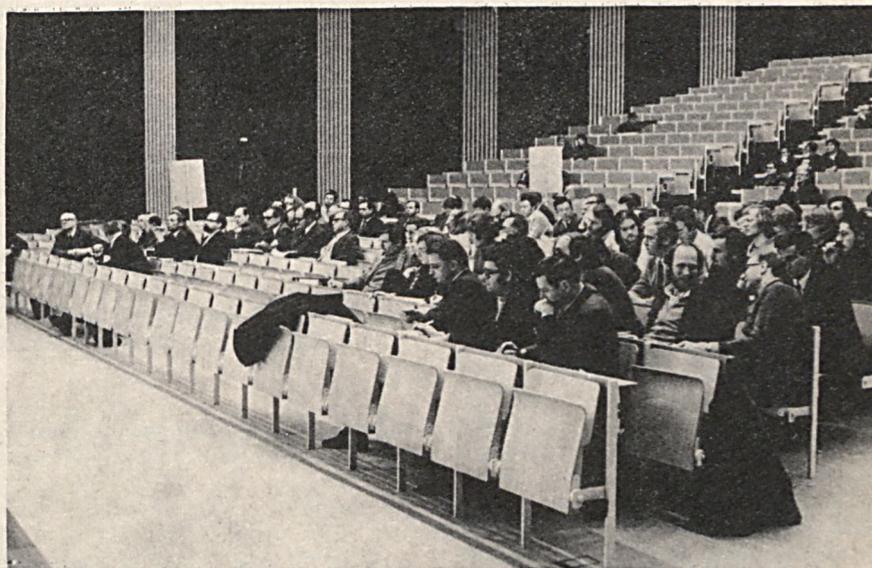
INTERFAK ist die Assistentenliste, die am geschlossensten von allen drei Listen dasteht. Man war bemüht, ein Programm zu formulieren, hinter das sich alle Kandidaten stellen können. Das Ergebnis ist in der Wahlzeitung veröffentlicht worden. Es kann als ein für assistentische Verhältnisse klar formuliertes politisches Programm bezeichnet werden, das vor allem die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Studenten eröffnet.

Im Gegensatz dazu ist ACTIO die Liste mit den 26 Kandidaten und den 27 Meinungen (Axel Azzola hat in der Regel mindestens zwei Meinungen). Das Programm der ACTIO (eher REACTIO) fiel dementsprechend aus: hochschulpolitisch schwammig mit einer gehörigen Portion ständischer Interessen. An der Spitze steht bezeichnenderweise Helmut Zürn- eck, der Mann ohne Rückgrat, der kürzlich in der Informatik-Affaire ein recht unruhmlisches Bild abgegeben hat. Das Aufstellen der Liste begann mit einem Eklat: Azzola weigerte sich zu kandidieren, wenn der smarte „Bubi“ Martin Sälzer an der Spitze stehe, und bot für sich selbst an, auf jedem Platz der Liste zu kandidieren, solange er höchstens einen Platz hinter Sälzer stehe. Daraufhin wanderte Sälzer auf Platz 5 und Azzola nahm den sechsten ein.

Studenten

Zu den sieben studentischen Listen ist am wenigsten zu sagen. Der sich einein-

Fortsetzung Seite 5



Konventsstituierung

Die konstituierende Sitzung des Konvents fand am Mittwoch, den 3. 2., im Audimax statt. Müller-Linow, Ordinarius für freies Zeichnen und Plastik, leitete als ältestes anwesendes Konventsmitglied die Sitzung. Nachdem die Beschlussfähigkeit festgestellt worden war, wurden Mitglieder für den Vorstand vorgeschlagen. Er besteht nach § 15 HHG zur Zeit aus zwei Professoren, zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern, zwei Studenten und einem nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter.

In gemeinsamer Abstimmung entschied sich der Konvent mit großer Mehrheit für folgenden Vorstand:

Professoren: Eckstein, Wippermann; Assistenten: Kallenberg, Mörchen; Studenten: Keller, Feld; Niwis: Albrecht.

Nach kurzer Unterbrechung wurde die Sitzung des Konvents unter Leitung von Vorstandsmitglied Kallenberg fortgesetzt. Er verlaß einen Brief des Rektors, in dem dieser den Konvent aufforderte, bis zum Abend des 4. Februar weitere Kandidaten für das Amt des Präsidenten vorzuschlagen. Der Senat der THD hatte bereits am Montag, 1. 2., beschlossen, drei Bewerber zu einem öffentlichen Hearing am 8. 2. einzuladen:

Professor Dr. Helmut Böhme, Ordinarius für Neuere Geschichte an der TH, zur Zeit Dekan der Fakultät KuSt;

Oberbaurat Hans-Jürgen Bortmann, Dozent an der Darmstädter Ingenieurschule für Bauwesen und

Dr. Friedrich Rau, Rechtsanwalt am Landgericht Konstanz.

Die nächste Sitzung des Konvents soll am 17. Februar stattfinden. Tagesordnung: Wahl des Hochschulpräsidenten, des Vize-Präsidenten und der Mitglieder der Ständigen Ausschüsse.

Die besten Aussichten, erster Präsident der THD zu werden, hat Böhme. Mit Ausnahme einiger Mitglieder der Fachschaftsliste hat sich die studentische Fraktion schon am 29. 1. entschlossen, für Böhme zu stimmen.

Böhme ist 34 Jahre alt. Er studierte in Tübingen und Hamburg. Seit August 1969 ist er ordentlicher Professor in Darmstadt.

4 Ergebnisse der Wahlen zum Konvent in der Gruppe III: Studenten

Wahlberechtigt waren 6.673 Studenten; es wählten 4.372, das sind 65,5 % der Wahlberechtigten.

Für die Studenten waren drei Stimmbezirke eingerichtet. In der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse dieser drei Stimmbezirke und das Briefwahlergebnis getrennt aufgeführt. Außerdem enthält sie die jeweiligen Gesamtergebnisse.

	Stimmbez. 1 (Arch., BI, MB)	Stimmbez. 2 (Chem., ET)	Stimmbez. 3 (KuSt., MaPh.)	Briefwahl	Gesamt- ergebnis	% (bezogen auf Wahl- berechtigte)	% (bezogen auf Wahl- teilnehmer)	Sitze (insgesamt 27, da die Wahlbeteiligung über 50 % lag)
Wahlberech- tigte	2495	2299	1879	(von den in den 3 Stimm- bezirken Wahl- berechtigten wurden 111 Anträge auf Briefwahl gestellt)	6673	100		
Wähler	1551	1445	1286	90	4372	65,5	100	
Wahlbetei- ligung in den Stimmbezirken	62,2 %	62,8 %	68,4 %					
Liste 1 SHB	185	203	159	17	564	8,5	12,9	4
Liste 2 Progressive Mitte	259	374	203	9	845	12,7	19,3	5
Liste 3 Basisgruppen und unabhän- gige Linke	515	430	402	41	1388	20,4	31,7	9
Liste 4 Wahlblock freiheitlich- demokratischer Studenten	28	31	25	8	92	1,4	2,1	keine
Liste 5 Fachschafts- liste	472	331	459	9	1271	19,1	29,1	9
Liste 6 Ausländer	25	28	6	1	60	0,9	1,4	keine
Liste 7 Linke Mitte	58	42	28	4	132	2	3,1	keine
ungültige Stimmen	9	6	4	1	20	0,3	0,5	-

Damit hat der Konvent folgende studentische Mitglieder:

Liste 1:

Hans Trapp (BI), Maresi Nerad (KuSt), Wieland Keller (Chem), Werner Heller (KuSt), alle SHB

Liste 2:

Berthold Müller RCDS (Chem), Kurt Graefe RCDS (ET), Burkhard Schmidt RCDS (BI), Paul-Rainer Molitor RCDS (Mb), Dieter Müller (KuSt)

Liste 3:

Michael Müller-Lütgenau MLH (MaPh), Friedhelm Ernst MLH (BI), Christof Diefenbach (KuSt), Brigitte Hennig (Chem), Helmut Bott (Arch), Reinhard Pohlitz (ET), Klaus Schneider (Mb), Rudolf Ohlemutz (BI), Oskar Gier (ET)

Liste 5:

Uwe Feld (Mb), Johannes Burchard (KuSt), Jochen Kaufmann (Chem), Wilfried Rupflin (ET), Andreas Benndorf (MaPh), Robert Breithaupt (Mb), Wolfgang Seiwert (KuSt), Bernd Martenczuk (KuSt), Thomas Bleckwedel (Mb)

Ergebnisse der übrigen Gruppen

In den folgenden Tabellen sind die Wahlergebnisse der übrigen Gruppen aufgeführt. Unter den Listen stehen die Mitglieder, die in den Konvent gewählt wurden.

Gruppe I: Hochschullehrer

Stimmberechtigt waren 171 Hochschullehrer; davon gingen 160 (93,6%) zur Wahl. Da die Listen keine Namen haben, steht hinter der Liste in Klammern der Name des Spitzenkandidaten.

	Stimmen	%	Sitze
Liste 1 (Weigler)	52	23,5	9
Weigler, Eckstein, Gaede, Retzko, Fuchssteiner, Mann, Lüttge, Rincke, Boeck			
Liste 2 (Guther)	28	17,5	4
Guther, Peisl, Teschner, Kankeleit			
Liste 3 (Schultz)	80	50,0	14
Schultz, Brandt, Habermehl, Schnell, Piloty, Pahl, Fick, Wazelt, Kuttruff, Rohmert, Horn, Hosemann, Müller-Linow, Wippermann			

Gruppe II: wissenschaftliche Mitarbeiter

Stimmberechtigt waren 782 wissenschaftliche Mitarbeiter; davon gingen 692 (88,5%) zur Wahl.

	Stimmen	%	Sitze
Liste 1 (Unabhängige Wählerinitiative)	129	18,5	5
Schempp, Menzel, Zuber, Mentzel, Heumann			
Liste 2 (Interfak)	274	39,5	11
Grimmer, Mörchen, Flösser, Mitscherlich, Lüpertz, Bockhorn, Pitthan, Stodte, Böttcher, Kallenberg, Fock			
Liste 3 (Actio)	287	42,0	11
Zürneck, Link, Lehnert, Hartig, Sälzer, Azzola, Roedler, Loll, Kloos, Oberkampf, Schwering			

Gruppe IV: Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Stimmberechtigt waren 1320 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter; davon gingen 898 (68%) zur Wahl. Wie bei Gruppe I sind die Listen mit den Spitzenkandidaten bezeichnet.

	Stimmen	%	Sitze
Liste 1 (Hoffmann)	467	52,1	5
Hoffmann, Albrecht, Uebel, Feick, Use			
Liste 2 (Amelunxen)	401	44,6	4
Amelunxen, Schrader, Eisenhauer, Eppert			

halb Wochen lang in die Mensa ergießende Flugblattstrom und die vollgeklebten Hochschulwände dürften genug Informationen geliefert haben.

Das Ergebnis brachte drei Überraschungen:

- die hohe Wahlbeteiligung von 65,5%,
- das gute Abschneiden der Basisgruppenliste, die im Ergebnis wider Erwarten vor der Fachschaftsliste lag und
- das schlechte Abschneiden des SHB.

Daß die Ausländerliste und der Wahlblock freiheitlich-demokratischer Studenten keine Chance haben würden, war von vornherein klar. Der Wahlblock war sehr schnell als verkappte NPD-Liste zu entlarven. Auf der Ausländerliste sind die Rechts(dr)außen der ausländischen Studenten an der TH versammelt. Sie erhielt nicht einmal 10% der Stimmen der hier studierenden ausländischen Studenten. Der SPD-frommen Linken Mitte wurde von vielen mehr zugetraut. Immerhin fehlten ihr zum Schluß nur 10 Stimmen zu einem Sitz.

Überraschend ist, daß trotz der hohen Wahlbeteiligung von 65,5% die eindeutig linken Gruppen (Liste 1 und 3) und die nach links tendierende Fachschaftsliste den unter dem Namen „Progressive Mitte“ segelnden RCDS so weit zurückgelassen haben.

Die allgemeine Meinung war: Je höher die Wahlbeteiligung, desto günstiger das Ergebnis für den RCDS. Das erwies sich als falsch. Die Basisgruppenliste erhielt sogar gut 100 Stimmen mehr als die Fachschaftsliste.

Obendrein hatte die „Progressive Mitte“ auch noch Pech bei der Verteilung der Sitze. Zwei Stimmen mehr für sich oder eine weniger für den SHB hätten ihr einen Sitz mehr gebracht.

Die Ergebnisse in den einzelnen Stimmbezirken lassen einige interessante Schlußfolgerungen zu:

Bei den bisherigen Studentenschaftswahlen wählten die Architekten in der Regel am eifrigsten; die Beteiligung in den Fachschaften BI und MB lag meist über dem Durchschnitt. Bei der Konventswahl hatte der Stimmbezirk 1 die niedrigste Wahlbeteiligung. Der Grund ist leicht zu finden: Durch die Lage des Wahllokals in der Innenstadt benachteiligt, gingen nur wenige Architekturstudenten an die Urne. Da das vorauszusehen war, hatte die Fachschaft Architektur bereits im Dezember eine Briefwahlaktion gestartet;

aber es nahmen nicht einmal 100 der etwa 600 Architekturstudenten daran teil. Sie stellen das Gros der studentischen Briefwähler dar.

Die Maschinenbauer stehen auf „Märchenonkel“ Uwe Feld, das haben die letzten Parlamentswahlen gezeigt. Da es obendrein noch keine Maschinenbauerbasisgruppe gibt, sind die 515 Stimmen für Liste 3 hauptsächlich Voten der Bauingenieure; die Basisgruppe BI ist zur Zeit an der TH die aktivste.

Im Stimmbezirk 2 konnte der RCDS im Vergleich mit den anderen beiden Bezirken mit Abstand die meisten seiner Stimmen erringen, sogar mehr als die Fachschaftsliste. Zweifellos ein persönlicher Erfolg der Spitzenkandidaten der „Progressiven Mitte“: Berthold Müller (Chemie) und Kurt Graefe (ET) wurden schon bei den letzten Wahlen zum Studentenparlament Nummer 2 beziehungsweise Nummer 1 in ihren Fachschaften. In die 430 Stimmen für Liste 3 teilen sich die Basisgruppen Chemie, Bio und ET. Der 3. Stimmbezirk ist der einzige, in dem die Fachschaftsliste mehr Stimmen als die Basisgruppenliste erhielt. Wenn man weiter berücksichtigt, daß die 402 Stimmen für die Basisgruppen in erster Linie von der Fachschaft MPh kamen, Michael Müller-Lütgenau, Spitzenkandidat der

Liste 3, ist in der Fachschaft Nummer 1, wird klar, daß hauptsächlich die KuStler für Liste 5 stimmten. Das war für das insgesamt gute Abschneiden der Fachschaftsliste entscheidend. Denn in Bezirk 1 hatte sie ihre, oder besser Uwe

Listen wurden auf einer Versammlung gebildet, mit einem gemeinsamen Programm. Die Aufteilung erfolgte nach Fakultäten. Liste 1 vereinigt die Kandidaten der Fakultäten Arch, BI, MB und KuSt, Liste 2 die von ET, Chem, M/Ph.

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

jetzt mit 3-facher Regalfläche!

Felds Stammwähler, in Bezirk 2 kam sie ziemlich schlecht weg.

Personal

Beim Personal wurden zwar zwei Listen aufgestellt, doch können sie nicht als konkurrierend angesehen werden. Beide

Der jetzt gewählte Konvent wird nur etwa ein Jahr alt werden, obwohl laut Gesetz die Amtszeit seiner Mitglieder zwei Jahre beträgt. Aber wenn die neue Personalstruktur eingeführt ist, muß neu gewählt werden, mit neuer Besetzung: 30 Professoren, 10 Dozenten, 30 Studenten, 10 wissenschaftlichen und 10 nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern.

Geschichten von der Stimmauszählung

Während der Wahl gab es keine besonderen Vorkommnisse; dafür bei der Auszählung. Sie begann sofort, nachdem die Wahllokale am Freitag um 16 Uhr geschlossen hatten. Es wurden sowohl die einzelnen Stimmbezirke als auch die Wahlbriefe gesondert ausgewertet.

Während ET-Professor Bosse, Mitglied des Briefwahlausschusses, noch schimpfte, daß er nun wieder die einzige Fernsehsendung verpasse, die sich anzusehen lohne, Aktenzeichen XY-Ungelöst, entdeckten die Briefauszähler einen schier unlösbaren Fall: Die Hochschullehrerbriefe waren schon ausgezählt, da fand man noch einen unter den Studentenbriefen. Absender: Prof. Dr. jur. Dietrich Schultz. Hätte man diesen Brief gleich geöffnet, wäre das Wahlgeheimnis nicht gewahrt geblieben. Hätte man ihn nicht geöffnet, wäre Schultz seines Wahlrechts beraubt worden. Was tun? MB-Dekan Brandt fand die Lösung. Er eilte zu Schultz, berichtete ihm vom Mißgeschick und erhielt dessen Zusicherung, die

Wahl nicht anzufechten, wenn man den Brief öffne. Alles andere wäre auch lächerlich gewesen, denn wer hätte daran gezweifelt: Schultz hatte Schultz gewählt. Bei der abschließenden Sitzung des Wahlvorstandes am Abend waren noch einige Zweifelsfälle zu klären. In einer Urne fand sich ein Stimmzettel mehr, als man ausgegeben zu haben glaubte. Da einige Zettel unausgefüllt waren, ist es möglich, daß zwei zusammenhaftende für einen aus- und abgegeben wurden.

Zwei Stimmabgaben boten dann noch Anlaß zu längeren Diskussionen. Die eine zeigte im Kreis für Liste 5 der Studenten ein Kreuz und ein „Gekrickel.“ Zwei Theorien wurden aufgestellt: Der Wähler hatte zunächst Liste 5 wählen wollen, sich dann die Sache überlegt und das Kreuz durchgestrichen. Oder: Er hatte zuerst das „Gekrickel“ gemacht, dann sei ihm eingefallen, daß es üblich sei zu kreuzen. Bei der ersten Abstimmung, ob gültig oder ungültig, waren fünf Mitglieder des Wahlvorstands zugegen. Zwei stimmten dafür,

zwei dagegen, einer enthielt sich. Dann erschienen zwei weitere Wahlvorsteher. Neue Abstimmung: drei dafür, drei dagegen, eine Enthaltung. Als da endlich das achte Vorstandsmitglied eintraf, fand sich eine Mehrheit für „gültig“.

Am kuriosesten war die Diskussion über eine Stimmabgabe bei den Niwis. Ein Scherzbold hatte in den Kreis etwas gemalt, was allgemein als „ein Vogel, der etwas fallen läßt“ gedeutet wurde. Erste Interpretation: Ich scheiße auf die Wahl, wenn es aber schon sein muß, dann diese Liste. Zweite Interpretation: Ich finde diese Liste beschissen und wähle sie deshalb nicht. Dritte Interpretation: Vielleicht steht jemand auf der Liste der Vogel heißt? Das war aber nicht der Fall. Wieder half Dekan Brandt aus der Misere. Seiner Interpretation, der vierten, schloß sich der Wahlvorstand an: Die Stimme sei gültig; innerhalb des Kreises könne der Wähler eintragen was er wolle, und dieser habe sich mit dem „Kreuz“ eben etwas mehr Mühe gegeben.

Alle Macht der Vollversammlung

Studentenschaft billigt neue Satzung

Irgendeine „Junge Garde“ aus Frankfurt hatte zum Boykott von Konventwahl und Urabstimmung aufgerufen. Aber keine Gruppe hatte empfohlen, zwar den Konvent zu wählen, aber nicht zur Urabstimmung über die Satzung zu gehen. Trotzdem nahmen an der Urabstimmung über die Studentenschaftssatzung nur 55% der wahlberechtigten Studenten teil, 10% weniger als an der Konventwahl. Es ist kaum zu erklären, wie diese Differenz zustande kam. Vermutlich lag es daran, daß in dem Gewirr von Wahlboxen im Foyer des Audimax diejenige für die Urabstimmung nicht genügend auffiel. Während die Schere zwischen den Wahlbeteiligungen sich an den ersten drei Abstimmungstagen, Dienstag bis Donnerstag, immer weiter öffnete, blieb die Differenz am Freitag etwa gleich; spät, aber doch nicht zu spät waren unübersehbare Wegweiser zum Urabstimmungsstand angebracht worden.

An den letzten beiden Tagen der Urabstimmung (die Urabstimmung dauerte wie vorgeschrieben sechs Tage, zwei länger als die Konventwahlen!) geschah das, womit zu rechnen war: Es kam fast niemand mehr, die 50%-Nuß war geknackt. Wäre das Quorum von 50% nicht erreicht worden, hätte die Urabstimmung wiederholt werden müssen; dann ohne Grenze für die Mindestbeteiligung. 83% der Wähler stimmten dem Satzungsentwurf zu. Hoffentlich wissen sie, auf was sie sich eingelassen haben. Denn, was kann niemand abstreiten, die neue Satzung ist ein Experiment. Sie schafft die organisatorischen Voraussetzungen dafür, daß jeder Student direkter als bisher die Politik der Studentenschaft mitbestimmen kann.

Artikel 29 sagt über die Beschlußfähigkeit der Fachschaftsvollversammlungen: „Die Vollversammlung ist beschlußfähig, wenn sie ordnungsgemäß nach Artikel 8 einberufen wurde.“

Das heißt, sie ist beschlußfähig, wenn am Anschlagbrett des AstA, der jeweiligen Fachschaft und durch Mensaflugblätter vier nicht vorlesungsfreie Tage vor der Sitzung eingeladen wurde. Unabhängig davon, wieviele Studenten sich dann zur Vollversammlung einfinden.

Das allein wäre noch nichts Besonderes, blieben die Fachschaftsvollversammlungen das, was sie bisher meist waren: Plauderstündchen, in denen die Fachschaftsvertreter darüber berichteten, was sie getan hatten, was sie getan zu haben glaubten und was sie tun wollten. Dage-

gen verleiht die neue Satzung diesen Vollversammlungen eine wichtige Bedeutung für die Politik der Studentenschaft: Artikel 27 (2)

„Sie (die Fachschaftsvollversammlung) wählt die Vertreter zum Studentenparlament und zum Fachschaftsrat...“

Und sie kann diese Vertreter nach Artikel 31 (3) und Artikel 50 (3) durch konstruktives Mißtrauensvotum wieder abwählen. 20% der Studenten eines Fachbereichs können die Einberufung der Vollversammlung veranlassen, bei Fachbereichen mit mehr als 100 Studenten muß sie schon auf Antrag von 20 Studenten einberufen werden.

Wenn also einem Studenten die Arbeit der Fachschaftsvertretung zu unergiebig ist, wenn ihm die Politik des AstA nicht gefällt, liegt es an ihm, in seiner Fachschaft aktiv zu werden. Findet er genügend Kommilitonen, die seiner Meinung sind, können sie sofort eine Vollversammlung verlangen und neue Vertreter in Parlament und Fachschaft wählen.

Weiterhin nötigt die Satzung die politischen Studentengruppen zu mehr als schönen Worten.

Nach Einführung der 22 Fachbereiche im Sommersemester wird die Arbeit der verschiedenen Arbeits- und Basisgruppen in den Fachschaften überschaubarer. Sympathie und Stimme wird man den Mitgliedern der Gruppe geben, die das meiste zur Verbesserung der Studiensituation geleistet hat.

Getreu dem CDU-Slogan „Keine Experimente“ hat der RCDS der neuen Satzung seine Zustimmung versagt. Er fürchtet, daß eine Vollversammlung die andere jagen wird, weil jede Gruppe eine neue Versammlung einberuft, wenn sie meint, im Parlament oder Fachschaftsrat nicht stark genug vertreten zu sein. Die konkurrierenden Gruppen werden sich das sehr gut überlegen; eine Einberufung bereitet nicht nur Arbeit, es besteht vor allem auch die Möglichkeit, daß man auf der Vollversammlung „baden geht“, daß man zum Schluß weniger statt mehr Vertreter stellt. Denn werden die Vorschriften für die Einladung beachtet, und das muß getan werden, sollen die Beschlüsse nicht hinfällig sein, wird es keiner Gruppe gelingen, eine „Sympathisanten-Versammlung“ zustande zu bringen

Im ungünstigsten Fall wird sich durch die neue Satzung gar nichts ändern; dann nämlich, wenn weiterhin die Masse der Studenten die Studentenschaftspolitik einem kleinen Kreis von „Funktionären“

überläßt. Im günstigsten Fall kann die Satzung ein Beitrag zur Aktivierung und Politisierung der Basis, der Gesamtstudentenschaft werden.

Es ist überflüssig, hier alle Neuerungen in der Studentenschaftssatzung aufzuzählen. Der Satzungstext wurde in hoher Auflage verteilt und in verschiedenen Flugblättern auszugsweise nachgedruckt und erläutert. Nur auf zweierlei soll noch hingewiesen werden, die Einrichtung einer Sektion für die ausländischen Studenten und einer Sektion für die Lehramtskandidaten.

Es studieren zur Zeit etwa 700 Ausländer an der TH, das sind rund 10% der Studenten. Sie sind besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt, für die deutsche Studenten oft nur wenig Verständnis zeigen. Beispielsweise ist ihnen auf Grund der Ausländergesetze nicht erlaubt, sich in der Bundesrepublik politisch zu betätigen. Nach der neuen Satzung sollen die ausländischen Kommilitonen die inneren Angelegenheiten ihrer Sektion selber regeln können. Um die Gesamtstudentenschaft mit ihren besonderen Anliegen konfrontieren zu können, erhalten Sie, je nach Größe der Ausländersektion, eine Mindestanzahl an Parlamentssitzen.

Die Lehrerstudenten, zur Zeit etwa 1000, befinden sich in einer vergleichbaren Situation. Da, jedenfalls zunächst, kein eigener Fachbereich für sie vorgesehen ist, werden sie auf 12 Fachbereiche verteilt sein. Aber alle müssen Vorlesungen und Seminare in Pädagogik, Politik, Philosophie beziehungsweise Psychologie besuchen. Und sie alle schließen ihr Studium nicht mit der Diplomprüfung, sondern einem in erster Linie vom Kultusministerium überwachten Staatsexamen ab. Eine Vertretung der gemeinsamen Interessen der Lehramtskandidaten kann nur dann erfolgreich sein, wenn ein inter-fakultatives Gremium existiert. Aus diesem Grund hatten Lehramtskandidaten der verschiedenen Fachrichtungen vor etwa einem Jahr die Bildung eines Zentralrates initiiert. Um seiner Arbeit die von Professorenseite immer wieder geforderte Legitimation zu verleihen, wurde er als Organ der Lehrersektion in die Satzung aufgenommen.

Nachdem die Satzung bei der Urabstimmung mit großer Mehrheit gebilligt wurde, muß der Kultusminister sie nun noch genehmigen. Wenn dann die Wiesbadener Hofjuristen die Veröffentlichung im Staatsanzeiger nicht wieder vergessen, tritt sie inkraft.

Die antiautoritäre Studentenbewegung hat unter anderem auch das Erziehungswesen angegriffen und in den Kinderläden versucht, ein Gegenmodell zu praktizieren. Dabei wurde ein wesentlicher Fehler gemacht. Antiautoritäre Erziehung wurde als von vornherein politisch und gesellschaftsverändernd betrachtet. Die Ableitung der antiautoritären Erziehungsstile aus den sozioökonomischen Grundtatsachen der kapitalistischen Gesellschaft wurde fast völlig vernachlässigt. Hier soll versucht werden, in Ansätzen eine solche Analyse zu liefern und Perspektiven für eine „antiautoritäre Gesellschaft“ anzugeben.

Schichtenspezifische Erziehungsstile

Die vom Elternhaus bis zur Hochschule praktizierten Erziehungsstile lassen sich allesamt als autoritär kennzeichnen. Goethes Spruch „Der nicht geschundene Mensch wird auch nicht erzogen“ ist in jedem humanistisch schlagenden Pädagogenherz noch tief verankert. Die aus solchen autoritären Erziehungsstilen resultierenden physischen und psychischen Schäden bei der heranwachsenden Generation sind nur zu einem geringen Teil an den ständig steigenden Selbstmordziffern abzulesen. Inwieweit körperliche Züchtigung für das gesamte weitere Leben prägend ist, läßt sich bestenfalls erahnen.

80% aller westdeutschen Eltern schlagen ihre Kinder; weitere 18% würden ihre Kinder gegebenenfalls schlagen; nur 2% lehnen körperliche Strafen grundsätzlich ab.¹⁾ Wie kann man diese Zahlen im

Ökonomische Ursachen

Autoritäre Strukturen einer Gesellschaft können nur verstanden werden über die Analyse der sie bedingenden ökonomischen Verhältnisse. Eine Gesellschaft, die sich konstituiert durch kollektive Produktion und individuelle Aneignung des Produktes muß notwendigerweise eine Unterordnung vieler unter wenige und damit hierarchisch autoritäre Strukturen hervorbringen.

80% der westdeutschen Erwerbstätigen sind Arbeitnehmer²⁾; 1,7% aller westdeutschen Haushalte besitzen 70% des Betriebs- und Kapitalvermögens.³⁾ Beim Einkommen sieht es so aus: 1967 erhielt der Arbeiter durchschnittlich DM 800,- monatlich, während der Beamte DM 1200,- monatlich verdiente.⁴⁾ Diese Tatsachen und die unmittelbaren Erfahrungen am Arbeitsplatz prägen die Normen der Arbeitenden und manifestieren sich in je verschiedenen Erziehungsstilen. Das Bewußtsein – verstanden als „Überbau des Seins“ (Marx) – der Unterschicht ist gekennzeichnet durch eine dichotomische Weltanschauung, d. h. Zweiteilung der Welt ohne möglichen eigenen Aufstieg – „wir hier unten, die da oben“ –, tendenziell solidarisches Verhalten, das bedeutet, Veränderungen können nur in gemeinsamer Anstrengung erreicht werden, sowie Unsicherheit des Arbeitsplatzes und Undurchschaubarkeit der Produktions- und Verwertungszusammenhänge. Daraus lassen sich die Erziehungsstile der Unterschicht erklären. Der Industriearbeiter, der 8 Stunden am Fließband inhumanen Bedingungen unterworfen wird, braucht am Abend Ruhe, Bier und Fernsehen zur physischen Rekreation und kann nicht durch rationales Argumentieren seinen Kindern verständlich machen, beispielsweise jetzt nicht Indianer in der Wohnung zu spielen. An diesem Beispiel wird deutlich, daß scheinbar wertfreie Normen wie Ruhe, Ordnung, Sauberkeit bei genauerem Hinsehen auf gesellschaftliche Produktionsverhältnisse zurückzuführen sind.

Im Gegensatz dazu läßt sich das Bewußtsein der Mittelschicht beschreiben durch hierarchisch-funktionalistische Weltanschauung („wer was leistet, bringt es auch zu was“), individueller beruflicher Aufstieg durch Wohlverhalten und / oder Leistung, Identifizierung der Arbeit als Beruf, besserer Kündigungsschutz. Die sich hieraus ableitenden mittelständischen Erziehungsnormen, „mein Kind soll es mal besser haben als ich“, als typisches individuelles Aufstiegsbewußtsein, werden unter diesen Voraussetzungen verständlich.

ERZIEHUNG UND

Rahmen eines sozialen Schichtenmodells²⁾ näher erklären? Soziologische Untersuchungen haben gezeigt, daß sich die Erziehungsstile der Unterschicht charakterisieren lassen durch „unbedingter Gehorsam“ (wenn nötig durch Gewalt), „direkte Unterordnung unter Befehle“, „keine Begründung für Anordnungen“. Im Gegensatz dazu zeichnet sich der autokratische Erziehungsstil der Mittel- und Oberschicht aus durch rasonierendes Verhalten, Verinnerlichung von Normen durch Argumente, Androhung von Liebesentzug, um den elterlichen Willen durchzusetzen. Beiden Erziehungsstilen ist gemeinsam, daß das Kind als Eigentum der jeweiligen Erzieher angesehen wird, woberüber bedingungslos verfügt werden kann, sowie die Meinung, daß nur die Erzieher die Wünsche und den Willen des Kindes artikulieren können und wissen, was für die Entwicklung des Kindes richtig ist. Die im Elternhaus praktizierte autoritäre Erziehung – klassenspezifisch unterschieden – findet sich in Ausbildung und Beruf, ausgerichtet auf die Funktion der jeweiligen Institution, wieder. Sie erscheint somit als durchgängiges gesellschaftliches Prinzip, welches auf seine Voraussetzungen hin zu hinterfragen ist.

¹⁾ „Kein Platz für Kinder“, Deutsches Fernsehen, Juli 1970.

²⁾ 1966 sah die soziale Schichtung in der Bundesrepublik etwa wie folgt aus: 45% Arbeiter, 27% Angestellte, 10% Bauern, 8% Rentner, 5% Beamte, 5% Selbständige. Quelle: Jörg Hufschmid, *Die Politik des Kapitals*, Frankfurt 1969.

³⁾ Jörg Hufschmid, a. a. O., S. 12.

⁴⁾ a. a. O., S. 33.

⁵⁾ a. a. O., S. 17.

⁶⁾ A. S. Neill, *Antiautoritäre Erziehung*, Hamburg 1969: ein Bestseller, der unkritisch das individuelle „Glück“ propagiert (unpolitische Inselpädagogik); offenbar das einzige Buch, auf das sich der RCDS-Arbeitskreis „Erziehung“ stützt.

Emanzipierte Gesellschaft

Emanzipatorische Erziehung

Die antiautoritäre Bewegung in Kinderläden, Schülerläden und Hochschulgruppen ist also nicht als Generationskonflikt, als Auflehnung der „Jungen“ gegen die „Alten“ zu verstehen, sondern als ein Angriff auf das von einer autoritären Gesellschaft hervorgebrachte autoritäre Erziehungssystem und damit auf die Gesellschaft selbst.

Möglichst vollständige Triebbefriedigung, weitgehende Selbstregulierung der Bedürfnisse und die Erziehung zur Solidarität sind die wesentlichen Merkmale des antiautoritären Erziehungsstils, der sowohl die averbalen, nicht erklärten und oft gewaltsamen Sozialisationsmethoden der Unterschicht vermeiden will, wie auch die rasonierenden und damit verschleiernenden Erziehungstechniken der Mittel- und Oberschicht. Die zentrale Intention der antiautoritären Erziehung ist die **Emanzipation des Menschen**, worunter die Erkenntnis und der Abbau von unbegriffenen, irrationalen Zwängen (Schlag-

Haben wir bisher die autoritäre Erziehung zurückgeführt auf die sie bedingenden gesellschaftlichen Grundlagen, so gilt es nunmehr prospektiv zu fragen, in welche gesellschaftliche Richtung antiautoritäre Erziehung hinweist, da sie ein Gegenmodell zur herrschenden Erziehung darstellt und somit nicht ursächlich durch Gesellschaftsanalyse erklärt werden kann. Ziel antiautoritärer Erziehung – besonders im Gegensatz zu Neill's „Summerhill“ *) – ist die Verwirklichung einer antiautoritären Gesellschaft, in der jeder nach seinen Bedürfnissen frei leben kann.

Welches sind die notwendigen Bedingungen einer antiautoritären Gesellschaft und wie muß die Erziehung hierzu aussehen?

Fehlen von überkommener Autorität – als wesentliches Kriterium – verweist auf eine neue ökonomische Aneignungsweise und damit eine neue Produktionsweise. Hierarchisch autoritäre Unterordnung vieler unter den Willen einzelner kann es nicht mehr geben. Kollektive Produktion und Verfügung über die Produkte nach gemeinsam gewählten Standards, sowie Kampf gegen diejenigen, die die

Im Gegensatz dazu fördert unsere Schule individuelles, leistungsorientiertes Aufstiegsbewußtsein, Unterordnung unter den Willen der Lehrer sowie ein harmonisierendes und verschleiernendes Gesellschafts- und Geschichtsbild. Damit weist sich unsere Schule aus als Herrschaftsinstrument und Interessenvertretung der Mittel- und Oberschicht.

Der durch seine soziale Herkunft mit sprachlichen Ausdrucksfähigkeiten begabte Schüler wird zwangsläufig bei der bestehenden Unterrichts- und Schulorganisation in allen Fächern bevorzugt. Da der Lehrer aus der Mittelschicht stammt und als Aufstiegsfall überangepaßt ist (durch Erziehung, Ausbildung und Sozialkontakte), befähigt er ungewollt – zum Beispiel durch sein Sprachverhalten – nur einen Teil seiner Schüler. So ist zum Beispiel die Tatsache zu verstehen, daß lediglich 10% der Gymnasialschüler Arbeiterkinder sind und daß sich die ‚drop-outs‘ aus den Gymnasien einseitig aus Arbeiterkinder rekrutieren. Das berechnete und latente Urteil der Arbeitereltern, das Gymnasium „sei nichts für ihre Kinder“, bekräftigt diese Tendenz, während

KLASSENGESELLSCHAFT

wort: Fremdbestimmung) zu verstehen ist. Dieses Erziehungsziel kann nicht durch neuen Zwang, sondern nur durch die Hinführung zur Selbstorganisation und zur kollektiven Artikulation und Durchsetzung von Bedürfnissen geleistet werden.

Obwohl die Theorie und Praxis antiautoritärer Bewegung im wesentlichen von bürgerlichen Intellektuellen (aus dem Mittelstand stammende Studenten) erarbeitet wurde, erwiesen sich die Ideen und Vorstellungen einer antiautoritären Erziehung sehr bald als durchaus politisch, ja sogar tendenziell systemsprengend. Aus der Erkenntnis, daß die Erziehungsstile und von daher die desolante Situation der Jugend auf ökonomische Tatbestände zurückgeführt werden können, wird klar, daß die Befreiung des Menschen von den Zwängen seiner Erziehung einhergehen muß mit seiner Befreiung aus den ökonomischen Fesseln. Andernfalls wäre der Kinderladen lediglich eine Gelegenheit, die Kinder der Intellektuellen viel wirksamer als bisher zu Kreativität, Selbständigkeit und Flexibilität zu erziehen, zu Tugenden also, die dazu beitragen, das gegenwärtige System der sozialen Ungerechtigkeit nur zu verlängern und zu perfektionieren.

alten Produktionsweisen wieder einführen wollen – so ließe sich diese antiautoritäre Gesellschaft umreißen.

Erziehung zu Sensibilität, Solidarität, Selbstbefähigung und Geschichtsbewußtsein muß deswegen Aufgabe antiautoritärer Erziehung sein. Was bedeuten diese Begriffe?

Sensibilität: der junge Mensch muß sensibel gemacht werden, inhumane Bedingungen des beruflichen und privaten Lebens als seine eigenen Bedingungen zu erkennen, um sie ändern zu wollen.

Solidarität: er muß erkennen, daß nur solidarisches Verhalten Möglichkeiten der Veränderung in sich birgt, da individuelle Anstrengungen bürgerliche und aufstiegsorientierte Verhaltensweisen hervorbringen.

Selbstbefähigung: er sollte die auf ihn zukommenden Widersprüche selbstfähig analysierend bekämpfen können, da die herrschenden Erziehungsstile innovationsfeindlich eingestellt sind.

Geschichtsbewußtsein: nur mit der Masse der Menschen, den am Ende des Einkommens und des Sozialprestiges Stehenden, kann diese Veränderung erreicht werden: Deswegen kann antiautoritäre Erziehung nicht ohne diese Klasse durchgeführt werden.

Mittelstandseltern ein Versagen ihrer Kinder als korrigierbaren „Betriebsunfall“ im Aufstieg betrachten.

Technokratische Gesamtschulkonzepte mit leistungsdifferenzierten Kursen richten sich nach den Anforderungen unserer gesellschaftlichen Produktionsweise, schöpfen „Begabungsreserven“ aus, um tatsächlich die soziale Ungleichheit auf einem noch undurchschaubareren Niveau zu reproduzieren. Dadurch ändert sich qualitativ nichts an der oben aufgezeigten Funktion der Schule. Emanzipatorischer Unterricht muß sich orientieren an der Notwendigkeit des gesellschaftlichen Wandels im Sinne einer Einlösung basaler Verfassungsnormen (die zwar im Grundgesetz postuliert werden, sich aber im Kapitalismus als weitgehend eingeschränkt und letztlich undurchführbar erweisen) und an den sich artikulierenden Schülerbedürfnissen. Notwendige Voraussetzungen dazu ist die Kollektivierung von Entscheidungs- und Unterrichtsprozessen und die Beseitigung der herrschaftsstabilisierenden Ideologie von der „Schule als Schonraum“. Schule muß politisches Handlungsfeld werden, in dem der Schüler begabt wird, unsere Gesellschaft als veränderungsbedürftig zu erkennen und dementsprechend zu handeln.

Von der Hochschule ins Irrenhaus

Die Funktion der Prüfungen in unserer Gesellschaft

Prüfung als krankmachende Situation

Die psychische Situation, in der sich der Prüfling befindet, ist durch Angst gekennzeichnet. Medizinisch gesehen ruft die Angst einen besonderen körperlichen Zustand hervor, den man als unbestimmte Aktivitätsbereitschaft für Notfälle auffassen kann. So sind Herzklopfen, trockener Mund, feuchte Hände, Zittern und sogar Fieber charakteristisch für diesen Zustand. Welche Auswirkungen haben die körperlichen Symptome der Prüfungsangst auf die Denkfähigkeit? Nach Untersuchungen der psychotherapeutischen Beratungsstelle Gießen treten in 75% der Fälle Konzentrationsunfähigkeit, 64% der Fälle Verlust des Überblicks, 63% der Fälle Gedankenblock, 63% der Fälle Neigung zu Zweifeln, 55% der Fälle leichte Vergeßlichkeit und 55% der Fälle automatisches Denken auf. Diese Untersuchung zeigt, wie wenig die Prüfungsergebnisse die tatsächliche intellektuelle Leistungsfähigkeit des geängstigten Prüflings repräsentieren. Denn gerade in dem Moment, wo sie ihm bestätigt werden soll, wird er daran gehindert, sie zu entfalten.

Der immer noch zu hörende Einwand, psychische Störungen von Studierenden im Hinblick auf Prüfungen seien im wesentlichen in mangelnder Begabung und schlechter Vorbereitung begründet, entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Es gibt im Gegenteil eine Reihe von Untersuchungen, die dem widersprechen.¹⁾

An dieser Stelle sollen auch kurz die Gefahren und Möglichkeiten beleuchtet werden, die im Ausbau der psychotherapeutischen Beratungsstellen für Studenten liegen. Diese Einrichtungen sind alles andere als fortschrittlich, solange sie nur eine Anpassung der „Deformierten“ erreichen wollen oder können. Die Mittel der Beratungsstelle der THD zum Beispiel sind für eine länger dauernde ursächliche Behandlung von Schwierigkeiten zu knapp bemessen. Allenfalls „kann man durch gezielte Beratung und eventuell durch eine kurze Behandlung zum Beispiel mit Psychopharmaka eine Menge von Schwierigkeiten... soweit abbauen, daß der Betreffende in seinem Studium wieder funktionstüchtig wird“, so Dr. Baumann, Leiter der Darmstädter Beratungsstelle 1968 zur dsz (Nr. 94).

Eine sozialkritische Medizin dagegen darf nicht dabei stehen bleiben, einzelne

Krankheitssymptome zu kurieren. Sie muß nach gesellschaftlichen Voraussetzungen des Krankseins fragen, nach den Umständen, durch die eine Gesellschaft krankheitsregend wirkt. „Das Individuum unterliegt den pathogenen Einflüssen der Gesellschaft auf doppelte Weise: zum einen durch Prägung des sozialen Lernmilieus während der Kindheit und zum anderen durch den Druck, den die Anforderungen der Gesellschaft ausüben.“²⁾

Prüfung als Selbstkontrolle?

Prüfungen in der derzeitigen Form pervertieren den Sinn eines Studiums. Da der Prüfungserfolg für das weitere Vorkommen notwendig ist, können die Prüfungen vom Studenten nicht als Kontrolle des eigenen Lernerfolges aufgefaßt werden; vielmehr wird gezielt für die Prüfungen gelernt. Je nach der Person des Prüfers und dessen Spezialgebieten werden unreflektiert Fakten gepaukt. Die Prüfungen sind keine Hilfe für das Studium, sondern das Studium wird auf die Prüfungen zugeschnitten.

Nach dem bisher Gesagten ist das von Hochschullehrern immer wieder vorgebrachte Argument, daß Prüfungen auch dazu dienen, ihre eigene Lehrfähigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren, ohnehin schon als unsinnig widerlegt.

Hinzu kommt: Prüfungen finden im allgemeinen am Ende eines Semesters beziehungsweise eines Studienabschnittes statt. Wenn also ein Hochschullehrer überhaupt seine Lehrmethode aufgrund schlechter Prüfungsergebnisse umstellen will, was selten genug vorkommt, dann käme das erst den nächsten Studentengenerationen zugute.

Und schließlich: Bei konsequenter Fortführung des Gedankens der Kontrolle des Lehrerfolges müßten die didaktischen Fähigkeiten des Lehrers mit in die Prüfungsnote eingehen. Aus alledem läßt sich leicht erkennen, daß es sich bei der auf den ersten Blick recht selbstkritisch erscheinenden Argumentation der Hochschullehrer um unreflektiertes Geschwätz oder eine reine Schutzbehauptung handelt.

Gegen starre Prüfungsordnungen

Professor Max Bäcker, Ordinarius für Entwerfen und Raumgestaltung an der THD, hat im Mai vergangenen Jahres „kritische Feststellungen und Vorschläge

„Wir müssen die Wahrheit über die schlimmen Zustände denen sagen, für die die Zustände am schlimmsten sind, und wir müssen sie von ihnen erfahren.“

Berthold Brecht

zur Prüfungsreform an der Architektur-fakultät“ ausgearbeitet. Dort stellt er unter anderem fest:

„Prüfungsordnungen fixieren den Studienablauf und verhindern damit eine Studienreform.

Sie ersetzen die Definition von Studienzielen.

Studienziele können nur unabhängig von Prüfungsordnungen verändert und neu definiert werden. Da diese Studienziele ständig zur Diskussion stehen, müssen statisch fixierende Prüfungsordnungen wegfallen.

Den Prüfungsordnungen fehlt der Bezug zur Berufswirklichkeit.

Sie werden benutzt, um Studieninhalte autoritativ festzulegen und einseitige Partialinteressen zu bestimmen.

Bei der derzeitigen Handhabung erschweren Prüfungsordnungen die individuelle Gestaltung und Schwerpunktbildung des Studiums sowie die Überschreitung der Fachbereichsgrenzen.“³⁾

Um den Lernenden eine eigenverantwortliche Gestaltung ihres Studiums und das Recht auf freie Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu gewährleisten, müssen starre Prüfungsordnungen und Studienpläne wegfallen. Erst recht sind Rahmenprüfungsordnungen des Landes und des Bundes dabei hinderlich. Sie sind bestimmt durch Fremdinteressen und nehmen den Hochschulen die Möglichkeit selbst zu geringen fortschrittlichen Eigeninitiativen.

Aber auch solche im sehr engen Rahmen noch möglichen „Verbesserungen“ stellen nur kosmetische Operationen an einem völlig veralteten Prüfungssystem dar. „Aus diesem Grunde wäre es richtiger, bei der grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses von Universität und Gesellschaft anzusetzen, denn erst bei der Klärung der Funktion der Universität für die Gesellschaft kann die Forderung an das Prüfungsverfahren erhoben werden, da sich auch daraus erst die erforderlichen Grundprinzipien ableiten lassen.“⁴⁾

Welche Funktion hat die Universität?

Die Beantwortung dieser Frage soll hier auf die Gesichtspunkte beschränkt bleiben, die im Rahmen der Thematik „Prüfungen“ von vorrangiger Bedeutung sind.⁵⁾

Die hierarchische Organisation der großen Industriebetriebe ist angewiesen auf Individuen, die zwar über ein großes

Fachwissen verfügen, die in der Lage sind, jedes technische Problem zu lösen, aber blindlings, ohne Einsicht in den gesellschaftlichen Zusammenhang ihrer Arbeit. Die Hochschule stellt Wissenschaftler und Techniker bereit, die nach Abschluß ihres Studiums möglichst reibungslos in den industriellen Produktionsprozeß eingegliedert werden sollen. Um das zu erreichen, muß das Anpassungsvermögen bei jeder sich bietenden Gelegenheit eingeübt werden; also auch an der Universität.

Bei einer an 45 deutschen Hochschulen durchgeführten Befragung von 2153 Studenten höherer Semester gaben 84,4% zu, daß sie sich von ihren Professoren und Assistenten abhängig fühlten, weil sie vor ihnen am Ende ihres Studiums eine Prüfung ablegen müssen. 55,6% der Befragten waren dadurch gehemmt, Kritik an Lehrmethoden oder an den bestehenden Verhältnissen in der Hochschule zu üben. Wer schnell mit seinem Studium fertig werden will und wem daran liegt, eine möglichst gute Abschlußnote zu erhalten, paßt sich also kritiklos an. Da Ziele und Inhalte des Studiums hauptsächlich von Prüfungen diktiert werden, haben die Inhaber des Prüfungsmonopols, das sind in erster Linie die Ordinarien, ein vorzügliches Instrument in der Hand, permanente Abhängigkeit aufrecht zu erhalten.

Das Bäckersche Modell

Um so mehr verdient das von Professor Bäcker in der genannten Schrift vorgeschlagene „Prüfungsverfahren“ Beachtung. Es ist zwar speziell auf die Situation beim Architekturstudium zugeschnitten, könnte aber auch auf andere Fächer übertragen werden. Danach werden „in jedem Studienfach Semesterklausuren durchgeführt. Diese Klausuren sind anonym. Sie sind Bestandteil des Studienfaches.

Der Abschluß des Studienfaches erfolgt nach Vorlage einer Mindestzahl von Klausurarbeiten und Studienarbeiten durch eine Gesamtbeurteilung. Er kann durch ein Abschlußkolloquium ergänzt werden.

Wenn das Ergebnis der vorgelegten Klausur- oder Studienarbeiten als nicht ausreichend angesehen wird, kann der Student in dem betreffenden Studienfach weitere Arbeiten anfertigen.

Für jedes Studienfach wird eine maximale Studienzeit festgelegt. Im Rahmen dieser

Seitenschnitt

Seite 28

		
sehr gut	gut und besser	gut
		
voll befriedigend	befriedigend	voll ausreichend
		
ausreichend	weniger ausreichend	nicht ausreichend

Studienziele und Ausbildungsmöglichkeiten erlauben. . .

Die Prüfungsordnung darf keine Reglementierung der Studieninhalte darstellen, sondern vielmehr eine Ordnung mit Wandlungsfähigkeit innerhalb eines konstanten Umfangs, in der die Minimalforderungen abgegrenzt sind.

Prüfungsordnungen müssen von Berufsideologien und außengesteuerten Interessen der an ihr beteiligten Instanzen freigehalten werden.“⁷⁾

Da aber kollidiert das Bäckersche Modell mit unserer ökonomischen und gesellschaftlichen Realität. Denn die kapitalistische Industrie ist auf die Hochschule als Lieferanten von „Fachidioten“ angewiesen, das heißt von Leuten, die zwar kritisch denken können, aber nur innerhalb ihres unmittelbaren Tätigkeitsbereiches. Mit der Effektivität seiner Industrie steht und fällt aber auch der auf dem Kapitalismus oder, wie es verschleiend genannt wird, der freien Marktordnung aufgebaute Staat. Deshalb kann sich unsere Gesellschaft keine Prüfungsordnungen leisten, die frei sind von eben diesen „Berufsideologien und außengesteuerten Interessen“, spricht Kapitalinteressen.

Abschaffung des Numerus clausus

Mit fortschreitender Technisierung benötigt die Industrie einen immer größeren Nachschub von Wissenschaftlern und Technikern. Die noch vorhandenen „Begabungsreserven“ müssen mobilisiert werden. Von daher sind auch die Bemühungen zur Abschaffung des Numerus clausus zu beurteilen. Nachdem wiederholt nachgewiesen wurde, daß zwischen den Noten im Abitur und späteren Leistungen im Studium nur sehr geringe Verbindungen bestehen, kann es sich die kapitalistische Gesellschaft nicht mehr lange leisten, ihren wissenschaftlichen Nachwuchs anhand der Schulnoten auszuwählen.

Deshalb werden die Aufnahmekapazitäten der Hochschulen beträchtlich erweitert. Das Dringlichkeitsprogramm der hessischen Landesregierung, durch das die THD imstande war, in diesem Semester fast 2000 Studienanfänger aufzunehmen, ist ein Beispiel dafür. Die Durchlaufkapazitäten dagegen werden nur allmählich und in geringerem Ausmaß erhöht.

Frist kann er sich beliebig oft zum Abschluß melden.

Die Anerkennung der Fächer erfolgt durch einen Schein.

Jedes Studienfach wird durch eine bestimmte Punktzahl bewertet, die eine Entsprechung zum notwendigen Zeitaufwand darstellt.

Sobald der Student eine bestimmte Anzahl von Punkten erreicht hat, kann er die Diplomarbeit beantragen. . .

Bei der Zulassung zum Diplom hat jeder Student eine Tätigkeit innerhalb der studentischen Selbstverwaltungsgremien nachzuweisen.

Über die Zulassung zum Diplom entscheidet eine Kommission anhand aller einge-

reichten Arbeiten. Diese werden gemeinsam beurteilt.

Nach Vorlage der Diplomarbeit wird durch eine Kommission über die Annahme der Arbeit beschlossen.“⁸⁾

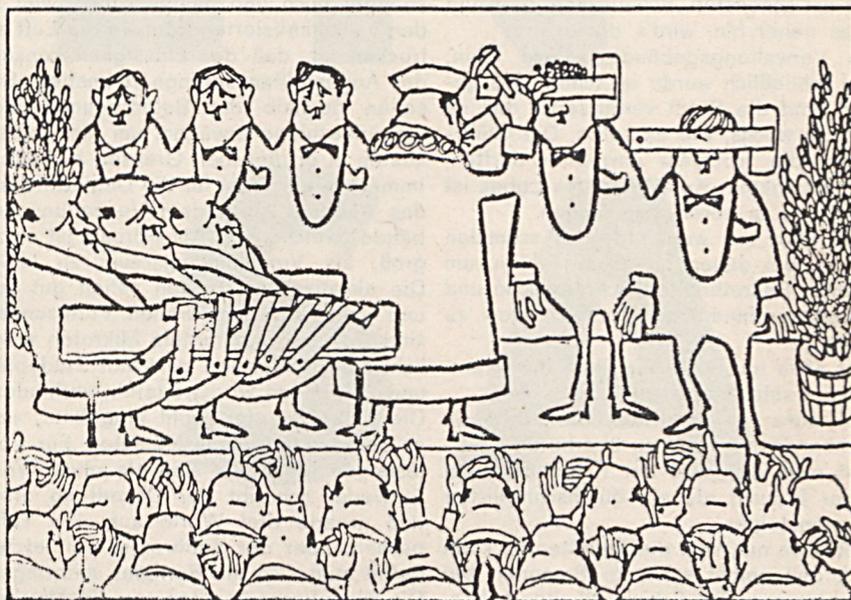
Dieses Modell bringt zweifellos Fortschritte; Die Abschlußprüfungen werden abgeschafft oder verlieren zumindest ihre schicksalhafte Bedeutung. Die anonymen Klausuren, die das Studium begleiten, können tatsächlich dem Studenten zur Kontrolle des Lernerfolges, dem Dozenten zur Kontrolle des Lehreffektes dienen.

Allerdings müßten dazu die Prüfungsordnungen geändert werden: „Prüfungsordnungen müssen die Anpassung an neue

Zwischenprüfungen und Studienzeitsbeschränkung ersetzen den Numerus clausus, natürlich wesentlich effektiver: Nicht nur die Studenten, die sich in den Fachprüfungen nicht bewähren, werden ausgesondert, sondern auch kritische Intelligenz, die die Prinzipien privatkapitalistischer Herrschaftsausübung in Frage stellen könnte. Denn es braucht Zeit, sich diese Kritikfähigkeit zu erarbeiten; da die Fachstudienpläne sehr umfangreich sind, muß man es entweder lassen, oder man läuft Gefahr, die knapp bemessene Höchstzeit zu überschreiten. Allerdings wird diese Zwangssituation, in der sich die spätkapitalistische Gesellschaft befindet, auf Widerstand stoßen. Denn „die aktive Beteiligung von immer mehr und besser qualifizierten Menschen an der Gestaltung des technologischen Fortschritts (wird) demokratische Veränderungen in Richtung auf Selbstbestimmung . . . zu einer Notwendigkeit (machen). Man kann nicht einerseits vermehrte Initiative aller Beschäftigten . . . verlangen und andererseits ihnen das Recht zur Bestimmung des Herrschaftsprozesses vorenthalten – außer in einer Gesellschaft, die weitgehend militarisiert ist.“⁸⁾

von Professor Bächer zu begrüßen. Und unter diesem Aspekt ist auch die „gewerkschaftliche“ Arbeit der Basisgruppen zu beurteilen, wie Umwandlung von Seminarformen und -inhalten und die Verweigerung von Prüfungsklausuren. Solche Verbesserungen schaffen zwar nur

geringe individuelle Freiräume. Aber die teilweise Abschwächung der stärksten Repressionen könnte einen Prozeß der Emanzipation der Studierenden aus der ideologischen Befangenheit in den Lebensformen, die der Kapitalismus geschaffen hat, beschleunigen.¹⁰⁾



Abschwächung der Repressionen

Prüfungen der herkömmlichen Form, gekennzeichnet durch ihren ritualisierten, von Geheimhaltungsspielen getragenen und auf Angsterzeugung angelegten Charakter, bescheinigen weder dem Studierenden, was er gelernt hat, noch dem Lehrer, wie gut oder schlecht sein Unterricht ist. Vielmehr stellen sie eine mühsam verbrämte Fortführung archaischer Pubertätsriten dar. Diese karnevalistischen Züge des Prüfungsrituals mindern jedoch nur selten die Angst, selbst dann, wenn sie vom Prüfling erkannt werden. Die politisch-manipulative Wirkung der Examen ist auch heute noch voll beabsichtigt.

Deshalb kann langfristig nur die völlige Abschaffung aller Prüfungen gefordert werden, die irgendwelche Züge der jetzigen Prüfungspraxis tragen.⁹⁾ Als kurzfristige Maßnahme sind auch solche Reformvorschläge zu unterstützen, die mehr darstellen als kosmetische Operation des alten Prüfungsrituals, also den Leistungsdruck tatsächlich vermindern. Nur aus diesem Grund ist der Reformvorschlag

Diplomverleihung

1) z. B.: G. Dahl, H.-U. Ziolkow, Zur Psychodiagnostik neurotischer Studenten, in: Psychische Störungen bei Studenten, Hrsg. H.-U. Ziolkow, Stuttgart 1969, S. 196ff.

2) H. P. Dreitzel, Die gesellschaftlichen Leiden und die Leiden an der Gesellschaft, Vorstudien zu einer Pathologie des Rollenverhaltens, Stuttgart 1968, S. 21.

3) Max Bächer, Kritische Feststellungen und Vorschläge zur Prüfungsreform an der Architektur-Fakultät der Technischen Hochschule Darmstadt, Umdruck vom 12. 5. 1970, S. 4.

4) ebenda, S. 3.

5) Andere Aspekte der Funktion der Universität für die kapitalistische Gesellschaft wurden in der dsz wiederholt dargestellt; z. B.: Wasserträger der Herrschenden, Notizen zu den Voraussetzungen und Folgen von Auftragsforschung, in: dsz 108, Dez. 1969, S. 4f. Vgl. dazu auch „Materialien zu Rüstungsforschung, -produktion und Imperialismus“ (327 Seiten, 5,- DM; zu beziehen über den ASiA der THD), Hrsg. Projektgruppe Technologie Darmstadt, besonders S. 2ff, S. 24, S. 90ff.

6) M. Bächer, a. a. O., S. 12f.

7) ebenda, S. 11.

8) E. Altvater, Krise und Kritik — Zum Verhältnis von ökonomischer Entwicklung und Bildungs- und Wissenschaftspolitik, in: Wider die Untertanenfabrik, Hb. z. Demokratisierung d. Hochsch., Hrsg. St. Leibfried, Köln, 1967, S. 59. — Vgl. dazu auch J. Habermas u. a., Student und Politik, Neuwied 1961, S. 55.

9) In diesem Zusammenhang verdient der Bericht von Sergio Comello, Mangofrüchte für Mao Tse-tung, Die Peking Tsinghua-Universität in der Revolution, in: Der Spiegel, 11. Januar 1971, Nr. 3, S. 80, Beachtung.

10) Dieser Gedankengang, bezogen auf die Emanzipation des Proletariats, findet sich bei G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923; photomechanischer Neudruck der Originalausgabe: Amsterdam 1967, S. 261ff, besonders S. 269.

Die marburger blätter, Jahrgang 20 (127), Juli 1969, enthalten eine allgemeine Darstellung „Zur Psychopathologie der Prüfung“ von Dr. med. D. Frießem.

Die Basisgruppe Chemie, Darmstadt, befaßt sich in ihrem Umdruck „Die industrielle Hochschulreform“ mit dem Thema „Prüfungen und ihre Funktion in der heutigen Gesellschaft“.

Hineinschlüpfen und sich wohlfühlen

Ärger im Verwaltungsgebäude

Das Prachtgebäude der TH am Georg-Büchner-Platz ist Anfang dieses Semesters endlich fertig geworden. Die künstlerischen Nischen in den Betonwänden sind gelungen; hätte man innen davon noch einige mehr vorgesehen, wären Aschenbecher überflüssig geworden.

In seiner auffälligen Illumination, oft während der ganzen Nacht, wirkt der Komplex am schönsten. Schaut man bei Tage etwas näher hin, wird's düster.

Das Verwaltungsgebäude ist zu klein; aber schließlich wurde es schon 1960 geplant, und die Stadt verhinderte, daß es so hoch wuchs, wie es sollte. Die Glücklichen, die trotzdem einziehen durften, sind undankbar. Kein Wort des Lobes ist von ihnen zu hören, nur Klagen.

Nicht etwa nur wegen der zu schmalen Räume, bei denen ca. 20 cm fehlen, um für zwei Sekretärinnen Schreibtische und Schreibmaschinentische unterbringen zu können,

nicht etwa nur, weil der Platz für Aktenablagen sehr knapp ist,

nicht etwa nur, weil die Gespräche im Nachbarzimmer nicht zu überhören sind, nicht etwa nur, weil der Fahrstuhl meist länger braucht als ein durchschnittlicher Treppensteiger,

nicht etwa nur, weil die Toiletten so klein sind, daß selbst schlanke Personen bei geschlossener Tür Schwierigkeiten haben, sich wieder anzukleiden,

nicht etwa nur, weil die Entlüftung der Toiletten nicht vorgesehen oder nicht in Ordnung ist,

nicht etwa nur, weil es in den Eckzimmern mit Blick nach Süden und Westen keinen Schutz vor der Sonne gibt,

nicht etwa nur, weil deshalb im Sommer dort grillähnliche Temperaturen erwartet werden,

sondern auch und hauptsächlich, weil in den vollklimatisierten Räumen die Luft so trocken ist, daß der Flüssigkeitskonsum der Angestellten sprunghaft anstieg. Sie sollen deshalb die Beantragung einer Getränkezulage erwägen, um die Selbstkosten in erträglichen Grenzen zu halten. Immerhin, ein Trost für die Unglücklichen, das Audimax steht dem Verwaltungsgebäude in nichts vor. Als Hörsaal ist es zu groß, als Versammlungsraum zu klein.

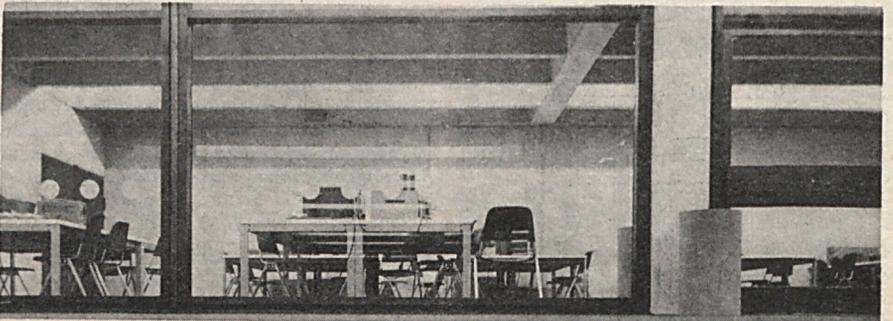
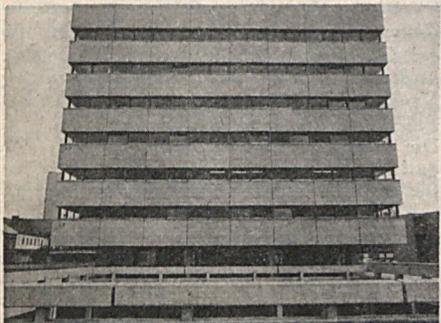
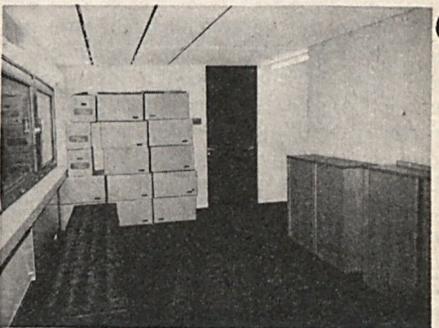
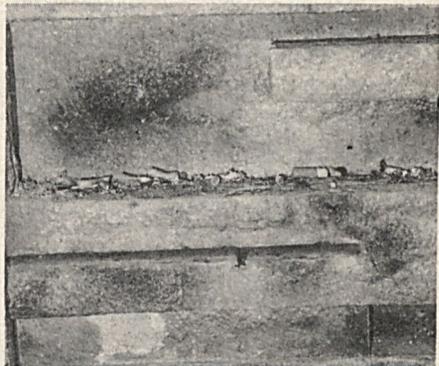
Die akustischen Blenden sehen gut aus und lassen sich auch drehen. Vorlesungen sind trotzdem nur mittels Mikrofon möglich; eine Diskussion zwischen Studenten und Lehrenden wird weiterhin verhindert. Die Tafeln wurden wohl eingebaut, weil es so Tradition ist in Hörsälen. Für Vorlesungen jedenfalls sind sie ohne Wert. Entweder schreibt der Dozent so groß, daß gerade drei Worte auf eine Tafel passen, oder der Zuhörer in der letzten Reihe muß sich ein Fernglas mitbringen. Die Klapptische könnten aus didaktischen Gründen eingebaut sein; um Jungsemester zu überzeugen, daß man in Vorlesungen, wenn überhaupt, eher zuhören als mitschreiben sollte. Denn die Summe aus Handschrift und Schwingungen der Tische ist nur in wenigen Fällen noch zu entziffern.

Es regnet in vielen Neubauten durch; die Leute, die daran Anstoß nehmen, daß das auch im Audimax so ist, sollten lieber froh sein, daß die Sprinkleranlagen noch dicht geblieben sind. Gewarnt werden muß aber neben dem Rauchen auch vor den Türen. Sie sind in so reicher Zahl eingebaut, daß etwa die Hälfte dauernd

geschlossen bleiben kann. Allzu schnelles Durchschreitenwollen könnte deshalb zu Kollisionen führen.

Eine technische Attraktion des Audimax ist der Fahrstuhl an der Nordseite. Er hat nur ein Stockwerk zu überwinden, braucht aber Zeit für viele.

Ohne daß es geplant war (oder etwa doch?), ist das Audimax nebenbei als Mehrzweckverfügungsgebäude nutzbar. Im Untergeschoß wurde in den breiten Wandelgängen durch Holzwände schon ein Praktikumsraum abgeteilt.



MEN -

FRAGE- BOGEN

SA

Ex-ASTA-Vorsitzender Wandel staunte, als er nach der Mensakommission gefragt wurde. Er hatte davon noch nie etwas gehört. Aufmerksame Leser des Hochschulführers wissen mehr:

Die Mensakommission „besteht aus drei Studenten, dem Mensaleiter oder dem Küchenchef der Mensa und dem Einkäufer des Studentenwerks. Sie tritt wöchentlich zusammen. Ihre Aufgabe ist es, den Speiseplan der Mensa zu erstellen, den Kaloriengehalt und die Qualität des Mensaessens zu überwachen und Probleme des äußeren Betriebs (Verkehrs- und Ordnungsprobleme im Speisesaal und Umgebung) zu lösen“ (S. 188).

Das hört sich gut an. Aber woher sollen fünf Leute wissen, was fünftausend anderen schmeckt. Deshalb dieser Fragebogen!

Natürlich kann man Essen aus einer Großküche, wie der des Studentenwerks, nicht ohne Weiteres mit denen in einem guten Speiserestaurant vergleichen. Daran sollten Sie bei der Beantwortung der Fragen denken.

Andererseits kostet ein Essen in der Mensa 2,40 DM: 1,40 DM bezahlen Sie, den Rest schießt das Land zu. Für den Preis kann man etwas verlangen, was gut schmeckt und sättigt.

Sollten Sie gerade in der Mensa sitzen, und die Suppe ist versalzen oder das Fleisch ist zu zäh, dann füllen Sie den Fragebogen nicht gleich aus, sondern beschweren Sie sich beim Geschäftsführer des Studentenwerks (Tel. 2210), beim Einkaufsleiter (Tel. 2910) oder bei uns (Tel. 2517); wir werden Ihre Beschwerde weiterleiten.

Wenn Sie sich dann abregiert haben, sollten Sie versuchen, sich daran zu erinnern, wie das Mensaessen in den letzten Wochen war, und den Fragebogen ausfüllen. Werfen Sie ihn in den Kasten im Mensa-Foyer oder bringen Sie ihn bei uns vorbei (Mensa-Ostflügel, 1. Stock, gegenüber dem Auslandsamt).

Das Ergebnis der Umfrage wird in der ersten dsz im Sommersemester veröffentlicht und, das ist das Wichtigste, der Mensakommission zugeleitet.

Mittagsmensa

(Zutreffendes an- bzw. durchkreuzen!)

Allgemeine Fragen

Während der Vorlesungszeit gibt es mittags 4 Essensausgabestellen. Holen Sie sich Ihr Essen meistens

- a) an einem der beiden Schalter in der Hauptmensa?
- b) an der Ausgabe im Mensarestaurant?
- c) in der Mensa auf der Nachtweide?

Essen Sie während der Vorlesungszeit mittags in der Mensa

- a) täglich?
- b) etwa zwei bis dreimal in der Woche?
- c) seltener?

Wie beurteilen Sie allgemein das Mensaessen? (siehe auch nächste Frage)

- a) gut b) mäßig c) schlecht

Wie beurteilen Sie das Mensaessen unter Berücksichtigung des Preises?

- a) gut b) mäßig c) schlecht

Würden Sie bei angemessener Qualitätsverbesserung auch mehr für das Essen bezahlen? ja nein

Falls ja, wieviel mehr wären Sie bereit zu zahlen?

- a) DM 0,50 b) DM 1,00 c) DM 1,50

Wie lange müssen Sie durchschnittlich für das Essen anstehen?

- a) weniger als 5 Minuten
- b) 5-10 Minuten
- c) 10 Minuten und länger

Hält die Sättigung durch das Mensaessen am Mittag bis zur Öffnung der Abendmensa (18 Uhr) an?

- a) meistens b) selten c) nie

Falls b) oder c): Wieviel Geld etwa geben Sie nachmittags zusätzlich für Ihre Ernährung aus?

- a) weniger als DM 0,50
- b) DM 0,50 bis DM 1,50
- c) mehr als DM 1,50

Vorsuppe:

Essen Sie gern Vorsuppe? ja nein

Ist die Vorsuppe in der Mensa

- a) oft zu kalt? ja nein
- b) oft zu scharf gewürzt? ja nein
- c) oft zu wenig gewürzt? ja nein

Würden Sie, auf die Vorsuppe verzichten zugunsten einer täglichen Nachspeise? ja nein

Sind Sie abgesehen davon, ob Sie weiterhin eine Vorsuppe wünschen oder nicht, mit den bisherigen zufrieden? ja nein

Fleischspeisen:

Sind die Fleischportionen zu gering? ja nein

Sind Sie mit der Qualität des Fleisches zufrieden? ja nein

Sind Sie mit der Zubereitung des Fleisches zufrieden? ja nein

Ist das Fleisch oft

- a) zu zäh? ja nein
- b) zu fettig? ja nein
- c) zu flechsenhaltig? ja nein

Ist der Geschmack der Sauce auf das Fleisch abgestimmt? ja nein

Sind Fleisch und Sauce oft zu kalt? ja nein

Bevorzugen Sie

- a) Schweinefleisch
- b) Rindfleisch

(Natürlich bevorzugen Sie Kalbfleisch, deshalb fragen wir danach nicht!)

Beilagen:

A Kartoffeln, Nudeln, Reis, Püree, Klöße

Passen diese Beilagen zum jeweiligen Fleischgericht? ja nein

Sind Sie mit der Qualität dieser Beilagen zufrieden?

- a) Kartoffeln ja nein
- b) Nudeln ja nein
- c) Reis ja nein
- d) Püree ja nein
- e) Klöße ja nein

Ist die Menge dieser Beilagen ausreichend? ja nein

Welche der Beilagen essen Sie am liebsten, welche schmecken Ihnen am schlechtesten? (Daß man zu Rippchen nicht gerade Nudeln anbieten sollte, ist klar; es gibt aber viele Fleischgerichte zu denen verschiedene Beilagen möglich sind. Dabei können Ihre Wünsche berücksichtigt werden.)

- | | | | |
|--|------------|--------------------------|--------------------------|
| am liebsten | | nicht gern | |
| a) Kartoffeln <input type="checkbox"/> | Kartoffeln | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| b) Nudeln <input type="checkbox"/> | Nudeln | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| c) Reis <input type="checkbox"/> | Reis | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| d) Püree <input type="checkbox"/> | Püree | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| e) Klöße <input type="checkbox"/> | Klöße | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

(Es können mehrere Möglichkeiten angekreuzt werden)

B Salate, Gemüse

Essen Sie, vorausgesetzt es paßt zu Fleisch und Beilage A, lieber

- a) grünen Salat, Feldsalat usw. ja nein
- b) Gemüsesalate ja nein
- c) Gemüse (Mischgemüse, Rotkraut usw.) ja nein

Sind Sie mit der Qualität dieser Beilagen zufrieden? ja nein

Sind Sie mit der Zubereitung dieser Beilagen zufrieden? ja nein

Ist die Menge dieser Beilagen ausreichend? ja nein

Sind die Beilagen abwechslungsreich genug? ja nein

Nachspeise:

Würden Sie gerne immer eine Nachspeise essen? ja nein

Sind Sie mit der Qualität der Nachspeisen zufrieden? ja nein

Welche der folgenden Nachspeisen essen Sie am liebsten, welche schmecken Ihnen am wenigsten?

- | | | | |
|---|---------------|--------------------------|--------------------------|
| am liebsten | | nicht gern | |
| a) frisches Obst <input type="checkbox"/> | frisches Obst | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| b) Kompott <input type="checkbox"/> | Kompott | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| c) Pudding o. ä. <input type="checkbox"/> | Pudding o. ä. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| d) FruchtdeSSERT <input type="checkbox"/> | FruchtdeSSERT | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

(Es können mehrer Möglichkeiten angekreuzt werden)

Abendmensa

Wie lange müssen Sie abends durchschnittlich für das Essen anstehen?

- a) weniger als 5 Minuten
- b) 5-10 Minuten
- c) 10 Minuten und länger

An fünf Tagen in der Woche gibt es abends ein Essen.

Essen Sie dann dort

- a) täglich?
- b) etwa zwei bis dreimal in der Woche?
- c) seltener?

Sind die Portionen abends ausreichend? ja nein

Sind die Portionen appetitlich? ja nein

Ist der Speiseplan abwechslungsreich genug? ja nein

Ziehen Sie abends belegte Brote (Wurst-, Käse-, Bratenplatte usw.) warmen Speisen vor? ja nein

Vater werden ist doch schwer

Darmstädter Arzt sucht Samenspender

Dr. med. J. Strunden, Facharzt für Frauenkrankheiten in Darmstadt-Arheilgen, ist Befürworter der heterologen Insemination. Viele Ehepaare, bei denen die Ursache der Kinderlosigkeit in der Unfruchtbarkeit des Mannes liegt, warten auf Hilfe. Dazu müssen aber zunächst Samenspender gefunden werden. Da die Darmstädter Lokalpresse es abgelehnt hat, entsprechende Anzeigen abzudrucken, hat sich Herr Sprunden an uns gewandt, mit der Bitte, den nachfolgenden Text zu veröffentlichen.

Es bedarf keiner Frage, daß die drohende Bevölkerungsexplosion eine weltweite Bevölkerungsplanung erforderlich macht, um einer unkontrollierten Vermehrung der Menschheit begegnen zu können. Bevölkerungsplanung im Kleinen ist Familienplanung mit dem Ziel, die Anzahl der eigenen Kinder und den Zeitpunkt ihrer Zeugung in eigener Verantwortlichkeit selbst zu bestimmen. Diese individuelle Familienplanung beinhaltet aber nicht nur die Begrenzung der Kinderzahl sondern auch den Wunsch nach wenigstens einem Kinde.

Bei der Kontrazeptionsberatung gibt es heutzutage kaum noch unlösbare Probleme. Jeder geschlechtsreife Mensch, gleich welchen Alters, Geschlechts oder Familienstandes, dürfte die Möglichkeit haben, sich durch einen Arzt oder eine ärztliche Beratungsstelle über eine für ihn geeignete Form der Schwangerschaftsverhütung informieren und beraten zu lassen.

Vor weitaus schwierigere Probleme sieht sich der Arzt gestellt, der sich mit der Sterilitätsdiagnostik und -behandlung befaßt. Etwa 15% der Ehen bleiben ungewollt kinderlos. Da der Mann häufig vom Wahn der Unantastbarkeit seiner Fortpflanzungsfähigkeit, die er mit seiner Kohabitationspotenz identifiziert, befallen ist und dadurch eine logische Denkweise lange Zeit verhinderte, konnte sich die Erkenntnis nur langsam durchsetzen, daß in 30-40% der Fälle die Ursache der Sterilität beim Mann zu suchen ist. Die Ergebnisse medikamentöser und operativer Behandlung des sterilen Mannes sind häufig nicht sehr ermutigend. Nicht wenige Paare finden sich mit der Tatsache ab, daß sie kein eigenes Kind haben können.

Der Wunsch nach einem Kinde ist sehr vielschichtig und sicherlich mehr als nur ein gesellschaftlich bedingtes Dressat. Der Arzt, der einen Einblick in die viel-

seitige Motivation des Kinderwunsches gewonnen hat, fühlt sich verpflichtet, diesem Wunsch Rechnung zu tragen und zu helfen.

Die Adoption eines fremden Kindes ist nicht selten ein langwieriger Prozeß. Bis alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sind, ist das adoptierte Kind schon herangewachsener, als es den Adoptiv-eltern lieb ist. In den USA und einigen anderen Ländern hat die künstliche Befruchtung mit dem Samen eines fremden Spenders immer größere Verbreitung gefunden. Auch in Deutschland sind schon weit über hundert Kinder auf diesem Wege gezeugt worden. Die Ehepaare, bei denen die Ursache der Sterilität beim Mann liegt, gehen von der Überlegung aus, daß bei einer heterologen Insemination im Gegensatz zur Adoption das Kind nicht vollständig fremder Erbmasse entstammt. Die Mutterbindung ist sicherlich intensiver als bei einer Adoption.

Auffallend ist, daß der Anstoß zu einer heterologen Insemination in den meisten Fällen vom unfruchtbaren Ehemann gegeben wird. Es hat sich gezeigt, daß sich diese Ehemänner nach erfolgter Geburt als vollwertige Ehepartner und Väter fühlen und ihr Kind in keiner Weise als lebenden Vorwurf generativer Minderwertigkeit betrachten. Daß die Frau eine seelische Bindung an den Samenspender entwickelt, ist sicherlich ein gesellschaftlich bedingtes Vorurteil oder sogar Wunschenken der Kritiker, die die Verbreitung der heterologen Insemination verhindern möchten.

Die Technik der heterologen Insemination ist denkbar einfach. Das größte Problem ist das Finden geeigneter Spender. Denn auch beim Spender müssen vielfach zunächst durch die Erziehung bedingte Vorurteile und Hemmungen überwunden werden. Der Arzt verpflichtet sich gegenüber dem Ehepaar, nur den Samen eines erbgesunden Mannes zu verwenden. Welche Erbanlagen nun vererbt werden, entzieht sich unserer Beeinflussbarkeit. Der Arzt wird sich aber bemühen, einen Samenspender zu finden, dessen vielseitige Veranlagung hoffen läßt, daß auch in dem erwarteten Kind ein guter Schuß günstiger Erbanlagen angelegt wird.

Der Samenspender bleibt den Ehepartnern gegenüber absolut anonym, er ist lediglich dem Arzt bekannt. Ebenso erfährt der Spender niemals, welchem Ehepaar er durch seine Samenspende zu einem Kinde verhilft. Es liegt im Inter-

esse des Ehepaars und erst recht im Interesse des Kindes, daß kein Unbeteiligter erfährt, auf welche Weise dieses Kind gezeugt worden ist.

Dennoch sollte jeder, der sich bereit erklärt, als Samenspender helfen zu wollen, die neue rechtliche Situation kennen, die seit dem 1. Juli 1970 besteht. Nach dem Familienrechtsänderungsgesetz von 1961 hat das Kind selbst das Recht, seine Ehelichkeit anzufechten, unter bestimmten Voraussetzungen noch zwei Jahre nach Eintritt der Volljährigkeit, unter anderen Voraussetzungen sogar ohne zeitliche Befristung. Nach erfolgter Feststellung der Nichteelichkeit erhält das Kind



Ob Sie op, Pop, Jugendstil oder eine andere Richtung mögen, ob Sie Beat oder Jazz lieben, - old timer oder Omas Nickelbrille - ganz gleich. Es gehört zur heutigen Zeit, zu jungen Menschen und modernem Leben.

Daneben gibt es aber auch noch einige andere Dinge, die zur heutigen Zeit gehören. Z. B. gesicherter Schutz im Krankheitsfall. - Sorgen Sie vor für den Fall, daß Sie mal in Sorgen kommen könnten.

Den Studenten, die die Beamtenlaufbahn einschlagen wollen, bieten wir für die Dauer ihres Studiums einen umfassenden Versicherungsschutz durch unsere Sondertarife Ab zu einem für sie tragbaren Beitrag.

Sprechen Sie doch mal mit uns - auch über eine Lebensversicherung. In beiden

VERTRAUEN NUTZT - VERTRAUEN SCHÜTZT

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Lebensversicherungsverein a. G.
HAUPTVERWALTUNG · 54 KOBLENZ · SUDALLEE 15-19

Hochschule kaputt?

Haushalt 1971/72 auf Sparflamme

nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder ab 1. 7. 1970 einen völlig veränderten Personenstand. Es ist mit dem Erzeuger verwandt, hat wie dessen eheliche Kinder einen Unterhaltsanspruch und ein Erbrecht. Im Falle einer Anfechtung der Ehelichkeit von Seiten des Kindes ist der Arzt, der die heterologe Insemination durchgeführt hat, gezwungen, den Namen des Samenspenders preiszugeben, wenn er sich nicht der Personenstands-fälschung schuldig machen will.

Nicht aus ethischen oder moralischen Gründen, sondern aufgrund der Rechtslage wäre damit der heterologen Insemination der Todesstoß versetzt worden. Dennoch wird die heterologe Insemination weiterhin unvermindert durchgeführt. Arzt und Samenspender gehen von der Überlegung aus, daß die augenblickliche Rechtsunsicherheit kein Dauerzustand sein kann. Der Gesetzgeber wird entweder die heterologe Insemination verbieten müssen (was kaum geschehen wird, da bei fortschreitender Entwicklung sich der Gesetzgeber kaum dem Vorwurf der Rückständigkeit aussetzen kann), oder aber die Rechtsstellung des durch heterologe Insemination gezeugten Kindes sichern und ihm von vornherein den Status des ehelich gezeugten Kindes zuerkennen müssen. Bis die Kinder, die im Augenblick einer künstlichen Befruchtung ihr Leben verdanken oder in naher Zukunft auf diesem Wege gezeugt werden, von der Möglichkeit einer Anfechtung ihrer Ehelichkeit Gebrauch machen können, ist die Rechtslage mit Sicherheit zugunsten des Kindes, der Eltern, des Arztes und des Samenspenders geklärt.

Aus diesem Grunde soll die Absicht nicht verschwiegen werden, mit diesen Zeilen zum Nachdenken über die Situation unverschuldet kinderloser Ehepaare anzuregen und im Leser den Wunsch zu wecken, sich als Samenspender helfend zur Verfügung zu stellen. Für jede Samen-spende wird dem Spender ein bestimmter Betrag übermittelt, den er nach seinem Ermessen für die Bewältigung persönlicher oder fremder Notstände verwenden kann.

Dr. med. Jürgen Strunden
Facharzt für Frauenkrankheiten

61 Darmstadt-Arheilgen
Frankfurter Landstraße 106

Als die ersten dunklen Wolken über der Hochschule auftauchten, dachte noch niemand an etwas Ernstliches: Am 9. Dezember 1970 besuchte der Kultusminister die THD, um mitzuteilen, daß man sich im Haushalt 1971/72 „etwas einschränken“ müsse. In den vorhergehenden Tagen hatte er – einen Schweif dünner Pressemeldungen vom Tenor: „Rektor enttäuscht“ hinter sich herziehend – die anderen drei Hessischen Hochschulen besucht und dort Gleichartiges verlauten lassen.

Das Schwergewicht der Erweiterungen werde von der Landesregierung auf den Aufbau der Gesamthochschule Kassel gelegt, vor allem des Lehrermagels in Nordhessen wegen, lautete die Parole, denn: „An ihrem Studienort knüpfen die Studenten ihre soziale Beziehungen – welcher Art auch immer (Heiterkeit) – und da wollen sie nicht mehr weg“.

Trotzdem war dies für den Verwaltungsrat der TH noch kein Anlaß zum Grübeln, schienen dem Minister doch die Erläuterungen zu den Haushaltsforderungen einzuleuchten; und außerdem hatte die THD auch aus dem Dringlichkeitsprogramm 1970 von 65 Millionen DM den Löwenanteil ergattern können, warum sollte sich das nicht wiederholen?

Eines allerdings hätte die Verwaltungsräte nachdenklich stimmen müssen: In der Abordnung aus Wiesbaden war das Finanzministerium deutlich überrepräsentiert; mit drei von vier Begleitern des Ministers stellte er ganz entschieden die Mehrheit.

Und tatsächlich hatte man die Rechnung ohne den Finanzminister gemacht, denn dieser – spätestens seit seinem unkonventionellen Lösungsvorschlag für das Frankfurter Opernhausproblem („Eine Million dem, der das Ding in die Luft sprengt“) als hemdsärmelig-radikal verschrien – hatte sich, Hessenplan und wohl abgewogene Begründungen nicht achtend, hingesetzt und gestrichen. Nicht im einzelnen natürlich, sondern global an den Gesamtanmeldungen des Kultusministers, der nun wieder den Mangel gerecht verteilen sollte.

So schneite dann mit dem 5. Januar der Hochschule der Erlaß HI-491/0-513-

ins Haus, in dem gefordert wurde, die THD solle sich auf nur 260 neue Planstellen im Doppelhaushalt 1971/72 einstellen und im Bereich der Sachmittel solle man sich an den Ausgaben von 1970 orientieren. Das war ein Schlag: Immerhin hatte der Verwaltungsrat etwa

450 neue Stellen und eine Erhöhung der Sachmittel um etwa 50% beantragt. Darauf schrieb am 14. Januar Rektor Lingenberg auf Bitten des Verwaltungsrats seinem Minister einen Brief:

„Sehr geehrter Herr Minister!

In Ihrem Erlaß vom 4. 1. 1971 über die Haushaltsvoranschläge für die Rechnungsjahre 1971/72 haben Sie der Hochschule mitgeteilt, daß nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsberatungen für die TH Darmstadt für die Rechnungsjahre 1971/72 je 130 Stellen vorgesehen sind. Sie bitten, bei den Sachmittelanforderungen sich an dem Sollansatz 1970 zu orientieren und bis zum 15. 1. 1971 eine Aufteilung der Stellen mitzuteilen.

Die vorgesehenen Bewilligungen bedeuten eine radikale Kürzung der Anmeldungen der Hochschule zum Haushalt 1971/72. Sollte es bei diesen vorgesehenen Bewilligungen bleiben, wäre eine vollständige Neuorientierung der Planung der Hochschule notwendig. Diese in wenigen Tagen fertigzustellen, wie der Erlaß es erfordert, ist der Hochschule nicht möglich.

Schon jetzt ist aber klar, daß die vorgesehene Kürzung schwerwiegende Folgen haben wird. Die Verantwortung für diese der Bildungspolitik der letzten Jahre direkt entgegenstehenden Folgen trägt allein das Land Hessen.

Die Hochschule hat in mühevoller Arbeit eine in sich ausgewogene Planung entwickelt, die einen Ausbau der Hochschule von jetzt 6500 auf etwa 11000 Studenten vorsieht. Diese Planung fand auch die ausdrückliche Billigung und Unterstützung des Kultusministeriums. Sie ist nach den in Aussicht gestellten Bewilligungen an Stellen und Sachmitteln undurchführbar.

Die Situation der Hochschule wird dadurch verschärft, daß die Mittel der Dringlichkeitsprogramme von der Hochschule in Übereinstimmung mit Ihnen gezielt dazu verwendet wurden, die Eingangskapazität auf 1500 bis 2100 Studenten pro Jahr zu erhöhen. Hierdurch sollte der Numerus clausus sofort abgebaut und eine Erhöhung auf eine Kapazität von 11000 Studierenden bis 1975 eingeleitet werden. Unter den gleichen Gesichtspunkten wurde die Neuplanung und -durchführung beschleunigt (Verfügungsbäude).

Die Hochschule hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Eingangskapazität in den beiden letzten Jah-

ren nur vertretbar sei, wenn in den unmittelbar anschließenden Haushaltsjahren die Anpassung der Durchlaufkapazität an die erhöhte Eingangskapazität erzielt wird. In diesen Planungsvorstellungen wurde die Hochschule ausdrücklich von Ihnen und von den Zielvorstellungen des Großen Hessenplans unterstützt.

Der in Aussicht gestellte Stellenzuwachs wird zum überwiegenden Teil dazu benötigt, einmal die haushaltsrechtlichen Folgen aus den neuen Gesetzen (HHG und HUG) abzudecken und zum anderen die Funktionsfähigkeit der in den Jahren 1971/72 neu in Betrieb zu nehmenden Gebäude zu sichern. Für eine notwendige Kapazitätsausweitung oder für eine Verbesserung der Studienbedingungen oder die normale Weiterentwicklung der Forschung an der Hochschule wird eine völlig unzureichende Anzahl von Stellen verbleiben.

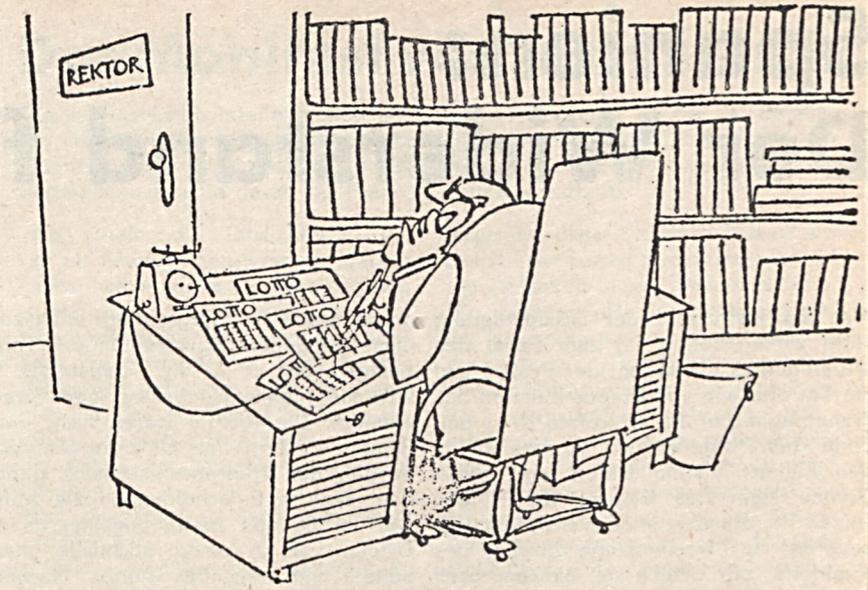
Ohne jetzt schon die Konsequenzen in allen Einzelheiten übersehen zu können, muß die Hochschule auf einige unvermeidbare Folgen hinweisen:

- Mehrere Fachrichtungen (z. B. Architektur, Biologie, Elektrotechnik und Chemie) haben auf Drängen des Kultusministeriums im Jahre 1970 mehr Studenten aufgenommen, als sie bei dem gegenwärtigen Personalstand im Laufe des Studiums versorgen können. Für sie werden daher in den Jahren 1971/72 ungleich schärfere Zulassungsbeschränkungen — z. T. völlige Aufnahmestopps — erlassen werden müssen. Außerdem werden bereits immatrikulierte Studenten in ihrem Studium Zeit verlieren, weil nicht alle im Studienplan stehenden Lehrveranstaltungen für diese Studierenden abgehalten werden können.

- Ein Aufbau des Fachbereichs Informatik ist mit den in Aussicht genommenen Stellen nicht möglich. Selbst bescheidene Reformvorstellungen werden nicht realisiert werden können. So wird es in der Grundausbildung weiterhin Massenveranstaltungen mit mehr als 500 Studenten geben müssen.

- Die Stellen aus den Dringlichkeitsprogrammen sind allein zur Erhöhung der Eingangskapazität verwendet worden. Die Förderung der Forschung wurde ausdrücklich ausgeschlossen. Der dadurch entstandene Nachholbedarf für die Forschung wird sich wesentlich erhöhen und ein nicht zu vertretendes Mißverhältnis zwischen Lehre und Forschung fortsetzen.

- Die Sachmittel nach dem Sollansatz von 1970 vermögen weder die Bewirt-



„Machen Sie sich mal keine Sorgen, Herr Kultusminister; wir sind gerade bei einer ganz neuen Versuchsreihe zur Finanzierung unserer Universität!“

schaftungskosten für etwa 60 000 Quadratmeter in Betrieb zu nehmende Nutzflächen noch den vermehrten Sachmittelbedarf neuer Professoren- und Dozentenstellen abzudecken. Sie tragen noch nicht einmal der allgemeinen Preisentwicklung Rechnung.

Die Hochschule bedauert, daß durch die geschilderte Entwicklung, abgesehen von den bildungspolitischen Folgen, eine notwendige langfristige Planung, um die sich die TH Darmstadt seit längerem bemüht hat, unmöglich wird.

Wenn das Land Hessen sich nicht in der Lage sieht, die finanziellen Konsequenzen effizienter Hochschulplanung zu tragen, so muß das Land Hessen nach neuen Möglichkeiten der finanziellen Sicherung etwa beim Bund, suchen. Die Hochschule bittet dringend, die Augen vor den unvermeidlichen Folgen eines Stagnierens des Hochschulausbaues nicht zu verschließen.“

Am 21. Januar beschloß das Studentensparlament: „Die Studentenschaft der THD lehnt es ab, sich weiter an der Verwaltung des Bankrotts der Hessischen Bildungspolitik zu beteiligen und kündigt die Mitgliedschaft ihres Vertreters im Verwaltungsrat der Hochschule.“

In der Zwischenzeit hat man bei Gesprächen in Wiesbaden Neues erfahren: Die Sachmittel sollen für 1971 nun um 10% und für 1972 um 12-14% über dem Haushaltssoll von 1970 liegen. Dennoch werden die Folgen gravierend sein: Das geplante gemeinsame Rechenzentrum von

Hochschule und Informatik wird nicht eingerichtet werden können, da die Hochschule ihren Anteil an der projektierten Doppelprozessoranlage mit 3,6 Millionen DM Jahresmiete nicht aufbringen kann (den Informatik-Anteil trägt der Bund). Die Sachmittelzuweisungen an Lehrstühle und Institute werden noch niedriger sein als im Jahre 1970, da neue Gebäude unterhalten und neue Lehrstühle ausgestattet werden müssen. Der zehnpromtente Zuschlag wird allein von den allgemeinen Kostensteigerungen schon wieder aufgeessen.

Was den Bauhaushalt der Hochschule erwartet, steht noch nicht fest. Nach inoffiziellen Verlautbarungen soll Angefangenes weitergebaut, aber nichts Neues angefangen werden. Das hieße unter anderem, daß die Maschinenbauer auf die Nachweide ziehen müßten, ohne in absehbarer Zeit mit dem Bau der Experimentierhallen rechnen zu können, daß auf der Nachweide zunächst kaum Hörsäle und keine ausreichende Mensa zur Verfügung stünden, obwohl bald vier Fakultäten dort angesiedelt sein werden und daß mit dem Baubeginn eines Gebäudes für die Informatik nicht vor 1973 zu rechnen wäre.

Der Verwaltungsrat hat inzwischen die geforderten Stellenkürzungen vorgenommen. Es besteht kaum Hoffnung, daß der Landtag über den Haushaltsentwurf hinausgeht. Ob die Hochschule dann ihre Aufnahmequoten wieder zurückschrauben muß, hat der Senat zu entscheiden.

Spanien: Der Widerstand festigt sich

Was als Instrument der Disziplinierung hätte wirken sollen, ist zum Fanal des Widerstandes geworden: der Prozeß und die Terrorurteile von Burgos stürzten das Francoregime in die schwerste Krise seit Ende des Bürgerkrieges. Anders als in den Fällen Cristino Garcia und Julian Grimau kann das Regime die Folgen seiner Terrormaßnahmen nicht mehr kalkulieren; das wochenlange Zögern des Kabinetts, die Urteile im Baskenprozeß bekanntzugeben, ist ein beredtes Zeugnis für seine Furcht vor den Reaktionen der Massen, die die Regierung mit der Verschärfung der polizeistaatlichen Repression selbst hervorgerufen hat. Den Herrschenden in Madrid ist klargeworden, daß die Zeiten, in denen man ungestraft Schauprozesse gegen Demokraten inszenieren konnte, vorbei sind. Durch die Offenlegung der Modalitäten der Prozeßführung ist auch der propagandistische Wert, den sich die Faschisten von ihrer scheinbar rechtsstaatlichen Rachejustiz erhofften, verlorengegangen. In Burgos urteilten 8 Militärs über 16 baskische Widerstandskämpfer, denen zuvor auf der Folter die absurdesten Geständnisse abgepreßt worden waren, auf-

grund eines im Bürgerkrieg erlassenen Gesetzes gegen „Banditentum und Terrorismus“, das u. a. die Todesstrafe für kritische Meinungsäußerung und Streiks vorsieht. Die Richter waren nicht unabhängig, sondern – als Offiziere – an Weisungen des Heeresministeriums gebunden. Welche Entscheidungen sie trafen, war im Grunde bedeutungslos, da die Urteile vom Kabinett nochmals „bearbeitet“ und verkündet wurden. Nachdem aber solche Karikaturen der Rechtsstaatlichkeit den demokratischen Widerstand nicht mehr einzudämmen vermögen, ist man zum bewährten Mittel der offenen Repression zurückgekehrt: zum drittenmal innerhalb drei Jahren ist über die baskischen Provinzen der Ausnahmezustand verhängt, zum zweitenmal sind in ganz Spanien die Bürgerrechte außer Kraft gesetzt. Die „Brigada Social y Política“, Spaniens Gestapo, kann wieder nach Herzenslust verhaften und foltern; noch vor dem Weihnachtsfest brachte sie über 600 Regimegegner in ihre Verliese. Wieder sind Tausende von Oppositionellen gezwungen, auf unbestimmte Zeit „unterzutauchen“, um den Schrecken der BSP-Verhöre und der Haft zu entgehen.

Zu einem der mächtigsten Gegner der Diktatur hat sich die baskische Widerstandsorganisation ETA (Euzkadi Ta Azkatasuna, Freies Baskenland) entwickelt, der die in Burgos verurteilten Widerstandskämpfer angehören. Unter ihrer Führung sind der Klassenkampf und der antifranquistische Widerstand in den drei baskischen Provinzen Guipúzcoa, Vizcaya und Alava am weitesten fortgeschritten. Zu den Zielen der ETA stehen die große Mehrheit der Arbeiterschaft im hochindustrialisierten Norden des Landes, aber auch weite Teile der bürgerlichen Mittelschichten. Die ETA ist keine Separatistenorganisation im klassischen baskischen oder katalanischen Sinne, sie erstrebt nicht mehr – angesichts der im Weltmaßstab vergesellschafteten Produktion – die Eigenstaatlichkeit des in einem halbkolonialen Zustand lebenden baskischen Volkes, sondern vielmehr kulturelle Autonomie und Selbstverwaltung. Konsequenter nach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus handelnd, vermochte sie große Teile der spanischen Arbeiterklasse zur Solidarität mit ihren Zielen zu bewegen; die spontanen Sympathiestreiks in zahlreichen Betrieben

Blank gezogen – Einzelheiten zum Burgos-Prozeß

Die Angeklagten von Burgos warteten den Augenblick ab, bis sie alle zur Anklage befragt worden waren, ehe sie am 8. Dezember erklärten:

„Wir lehnen das Gericht ab. Wir bestreiten seine Zuständigkeit, uns zu richten. Hier sind Sie die Angeklagten. Sie sind die Mörder. Sie haben uns hierher gebracht; Sie wissen, daß wir den Polizeibüttel Manzanos nicht getötet haben, und ohne den geringsten Beweis fordern Sie für sechs von uns die Todesstrafe und für alle zusammen 700 Jahre Gefängnis, aus dem einfachen Grund, weil wir Revolutionäre sind. Sie haben uns daran gehindert, während des Prozesses zu reden, und Sie hindern unsere Verteidiger heute daran, ihre Plädoyers zu halten. Unter diesen Bedingungen können Sie mit uns machen, was sie wollen. Die ganze Welt schaut auf Sie; Sie tragen die Verantwortung; das ist Ihr Prozeß, nicht der unsere.“ Einer der Angeklagten erklärte: „Ich rufe die internationale Konvention von Genf an, die auch vom spanischen Staat ratifiziert wurde, und fordere, als Kriegsgefangener behandelt zu werden. Dieses Abkommen bestimmt, daß ich nur meinen Namen und

meinen Rang anzugeben habe. Ich heiße Gregorio Irasuegi und hatte in der ETA den Rang eines „liberado“ in Ondarroa inne.“ Und damit setzte er sich wieder in der angespannten Stille.

Am nächsten Tag forderte Enrique Guelasada für sich das gleiche Recht, und schließlich machte Mario Onaindia mit dieser Justizkomödie Schluß und erklärte: „Auch ich bin Kriegsgefangener und nütze diese Gelegenheit, um festzustellen, daß das baskische Volk unterdrückt wird. Gora Euzkadi Askatuta!“ (Es lebe das freie Baskenland!).

So erlebte man in Franco-Spanien, wie ein Angeklagter vor den Richtertisch trat und mit erhobener Faust ausrief:

„Es lebe die spanische Arbeiterklasse!“ Und seine Kameraden stimmten mit ihm in den Ruf ein: „Gora Euzkadi Askatuta!“ Und schon erklang das Lied der Basken, das sie während des Bürgerkrieges gesungen hatten: „Wir sind die baskischen Guerilleros, um Euzkadi zu befreien, sind wir bereit zu sterben.“

Dieses Lied hatte die gleiche Wirkung, als wenn man vor den Nasen der SS die „Internationale“ gesungen hätte: Ein Teil der

Bewachungsmannschaft richtete ihre Revolver auf die Angeklagten, während andere mit ihren Maschinenpistolen die Zuhörer in Schach hielten. Einen weiteren Spektakel bot einer der Richter, Hauptmann Troncoso, der seinen Säbel zog, während die Angeklagten ihm ihre zu Fäusten geballten, gefesselten Hände entgegnhielten.

Wir wissen, was dann folgte: Das „Gericht“ gestattete den Angeklagten bloß, auf Fragen mit „Nein“ oder „Ja“ zu antworten, und auch die Verteidiger wurden in der Erfüllung ihrer Pflicht behindert.

Aber nicht genug damit, daß man gegen jedes Recht verstieß, indem die Militärrichter die Angeklagten an ihrer Verteidigung hinderten, versuchte man auch die Foltern zu vertuschen.

Donna Dorronsoro berichtete vor Gericht, daß sie nach den Mißhandlungen in einer Nervenklinik zwei Monate lang zur Behandlung war. Als ihr Mann ebenfalls über die Folterungen berichten wollte, sagte der Vorsitzende: „Das interessiert uns nicht.“

Aus: „La Nouvel Observateur“

nach der Verhängung des Ausnahmezustands in Guipúzcoa bestätigen es. Zugleich sind die von der ETA organisierten Arbeiterkämpfe im Norden Spaniens durch ihre erfolgreiche Taktik zu einem Modell für das spanische Proletariat geworden.

Darüber ist in den deutschen Gazetten freilich wenig zu erfahren, da diese damit beschäftigt sind, das Schicksal des von einer (nicht der ETA angehörenden) baskischen Widerstandsgruppe zeitweise entführten deutschen Konsuls Beihl zu beklagen. Obwohl die Diplomatenentführung, zumindest in Europa, kein adäquates Mittel des Klassenkampfes ist, hatte sie mit Beihl nicht das ganz und gar unschuldige Opfer getroffen, als das ihn die bürgerliche Presse gern darstellt. In San Sebastian als Faschist wohlbekannt, kam Beihl schon während des Bürgerkrieges mit der ROWAK (Rohstoffe- und Waren-Einkaufsgesellschaft) nach Spanien, die im Auftrage der Naziregierung (als Gegenleistung für die „Dienste“ der Legion Condor) die spanische Industrie und vor allem die baskischen und asturischen Rohstofflager ausplünderte. Nach dem Kriege wandelte Beihl auf bewährten Wegen als Agent der westdeutschen Industrie in Nordspanien. Der Arbeit von Leuten seines Schlages ist es mit zu danken, wenn Kiesinger bzw. Scheel und Franco sich in periodischen Abständen versichern, auf allen Gebieten zusammenarbeiten zu wollen. Was heute die Lage des Widerstandes in Spanien kennzeichnet, ist die Tatsache, daß er nicht mehr nur von Randgruppen wie Studenten und Intellektuellen getragen wird, sondern breiteste Volksmassen, voran das Proletariat, erfaßt hat. Wer streikt, sind längst nicht mehr nur die asturischen Bergarbeiter, sondern auch die Automobilwerker von Sevilla und Barcelona, die Bauarbeiter der Hauptstadt, die Docker von Teneriffa, die Landarbeiter Badajóz. Allein im vergangenen Jahr haben sich nahezu 1 Million Arbeiter an Streiks mit vornehmlich politischem Charakter beteiligt. Die zumeist unter Führung der Arbeiterräte (Comisiones Obreras) durchgeführten Streiks haben

REISEBÜRO DARMSTADT
SULZMANN + MÜLLER
Luisenplatz 1
Telefon: 70321 u. 77282
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 · TEL. 06251/2291

die Solidarität und Kampfbereitschaft der arbeitenden Bevölkerung außerordentlich vorangetrieben; Geschehnisse wie die Arbeitererschießungen in Granada oder der Prozeß von Burgos beschleunigen diesen Vorgang. Zum ersten Mal seit Ende des Bürgerkrieges ist die Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte in Sicht. Zugleich zeigen sich im Regierungslager gefährliche Auflösungstendenzen: die Kirche, ehemals eine Hauptstütze des

Das Manifest von Montserrat

Die katalanischen Intellektuellen und Künstler, die vom 12. bis 14. Dezember 1970 im Kloster Montserrat bei Barcelona tagten, haben in einem Manifest den Militärgerichtshof in Burgos und die Unterdrückung demokratischer Grundrechte durch das Franco-Regime verurteilt.

„Als katalanische Intellektuelle, die sich im Kloster Montserrat versammelt haben, halten wir es für unsere Pflicht, unsere Meinung kundzutun über die sehr ernste politische und soziale Situation, die entstanden ist durch das Militärgerichtsverfahren gegen 16 Kämpfer der Organisation „ETA“, die angeklagt sind, für Sozialismus und für die Rechte des baskischen Volkes zu kämpfen.

Zum gegenwärtigen Stand der Dinge erklären wir:

1. Die unterdrückende Gesetzgebung, die vor über 30 Jahren, während des Bürgerkriegs, eingeführt wurde, ist weiter in Kraft gegen jede demokratische Meinung und Aktion.
2. Unter dem derzeitigen Regime wird politische und soziale Aktivität, die in jedem demokratischen Staat als legitim gilt und sogar zu den Grundrechten aller Bürger gehört, als Verbrechen betrachtet.
3. Physische und moralische Folter, die wohl bekannt sind und ständig angeprangert werden, werden nach wie vor von der Polizei angewandt.
4. Die Rechte der Gemeinden und Volksstämme, die heute den spanischen Staat bilden, werden mißachtet und unterdrückt im Namen einer nur mythischen „spanischen Einheit“. Dies ist ein wesentliches Prinzip der spanischen Staatsverfassung.

Angeichts dieser Tatsachen können wir den äußerst harten Strafantrag des Militärgerichts in Burgos nicht hinnehmen. Wir prangern das Informationssystem der Regierung an — „Radio nacional des Espana“, „Television Espanola“ und die Nachrichtenagentur „Cifra“ —, das systematisch Nachrichten unterdrückt und verfälscht. Da es keine Freiheit der Meinungsäußerung gibt, sind wir gezwungen, unsere Meinung mit Hilfe dieses Dokuments auszudrücken. Zweitens verlangen wir, daß folgende Maßnahmen sofort veranlaßt werden:

1. Keins der vom Militärgericht in Burgos verkündeten Urteile darf vollstreckt werden.
 2. Generalamnestie für alle, die aus politischen Gründen im Gefängnis sind oder im Exil leben.
 3. Abschaffung des Gesetzes „gegen Terrorismus und Banditenunwesen“ und der Sondergerichte.
 4. Abschaffung der Todesstrafe.
 5. Gründung einer repräsentativen Demokratie, die demokratische Freiheit und Rechte garantiert, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung der Gemeinden und Völkerstämme, die zum spanischen Staat gehören.
- Schließlich bekräftigen wir unsere Solidarität und Brüderlichkeit mit dem baskischen Volk und seinen Zielen, die auch die unseren sind.“

Regimes, ist bis in die höchsten Ränge unzuverlässig geworden und praktisch abgefallen, ein Teil des Finanzkapitals erhofft sich von einer bürgerlich-demokratischen Regierung ein leichteres Eindringen in den EWG-Markt, und selbst beim Militär, der wichtigsten Stütze der Diktatur, deuten sich oppositionelle Gruppierungen gegenüber dem verschärften Unterdrückungskurs der Franco-Carrero Blanco-Diaz Alegria-Regierung an (z. B. um den General und Bürgerkriegsveteran Garcia Valiño).

Dennoch wäre nichts verkehrter, als eine langsame Aufweichung der Diktatur und ihr allmähliches Hinüberwachsen in demokratischere Staatsformen zu erwarten. Das Erstarken der sozialistischen und bürgerlich-demokratischen Opposition bewirkt vielmehr, daß die Kräfte, deren Schicksal mit dem der Diktatur auf Gedeih und Verderb verbunden ist, sich noch enger zusammenscharen. Daher ist auch nicht anzunehmen, daß sich nach Francos Tod im System „automatisch“ irgend etwas ändern werde, sosehr die Opposi-

tion auch dadurch gestärkt würde. Militär und Falange sind darauf vorbereitet, die Diktatur ohne Franco mit den gleichen Mitteln weiterzuführen. Eine andere Wahl bleibt ihnen zur Erhaltung ihrer parasitären Existenz ohnehin nicht, und sie können dabei jederzeit auf die Rückendekung durch die US-Armee und die CIA rechnen. Auch die Chancen für die Wiedereinführung der Monarchie sind gleich Null, da sich die Falange mit großer Entschiedenheit dagegen wehrt. —Die Übergriffe und Terrorakte der Staatsmacht in den letzten zwei Jahren, die sich unablässig verschärfende Repression auf allen Gebieten des Lebens zeigen deutlich, daß das auf Gewalt gegründete Regime durch nichts anderes als durch Gewalt beseitigt werden kann. Die Gegenkräfte wachsen und erstarken; bleiben sie auf dem Kurs der demokratischen Einheitsfront, wird ihnen der Faschismus kein zweites Mal den Sieg aus der Hand reißen können.

(aus: links, Sozialistische Zeitung, Nr. 18)

Gordischer Knoten

Die Zukunft Mozambiques entscheidet sich am Sambesi

„Ihr Kern (der „weltweiten, emotionalen Diskussion“ über Cabora Bassa) ist die Forderung sozialistischer Kreise, wirtschaftlich Vernünftiges aus tagespolitischen Gründen zu unterlassen, noch dazu bezogen auf ein Projekt, das ohne Zweifel wirtschaftlich nützlich und nach längerer Planung und Vorbereitung ohne politische Vorzeichen in Angriff genommen ist. Abgesehen davon, daß weder die Bundesrepublik noch die beteiligten deutschen Firmen die rechtliche Möglichkeit haben, sich von diesem Projekt zurückzuziehen, ohne vertragsbrüchig zu werden, und damit den Ruf der deutschen Zuverlässigkeit aufs Spiel zu setzen, ist die derzeitige Agitation schon deshalb abwegig, weil die Bundesrepublik zu Unrecht beschuldigt wird, einseitig den „Neokolonialismus“ zu unterstützen. Es ist absurd zu behaupten, der Staudamm komme nur den Portugiesen, Rhodesiern und Südafrikanern zugute.“

(Aus „Schnelldienst des deutschen Industrieinstitutes“ vom 4. 9. 1970)

„Wenn wir den Damm nicht zerstören, wird er uns für immer zerstören, und das weiße rassistische Afrika wird endgültig die Partie gewonnen haben.“

(Eudardo Mondlanes, der inzwischen ermordete Präsident der mozambiquanischen Freiheitsbewegung „Frelimo“)

Die Verteidigungspolitik Portugals und der Militärhaushalt

Aus dem Militärhaushalt ist ersichtlich, daß Portugal gewillt ist, seine Herrschaft in Mozambique und über den Cabora-Bassa-Staudamm mit Waffengewalt zu verteidigen und aufrechtzuerhalten. Die Militärausgaben beliefen sich in den ersten elf Monaten des Jahres 1968 auf 9,213 Milliarden Escudos, das sind 1,234 Milliarden DM. Dieser Betrag entspricht 47% der im Haushalt aufgeführten Gesamtausgaben. Schon in den zweiten Hälfte des Jahres 1969 (von Aug. bis Ende Dez.) nahm Portugal für außerordentliche Militärausgaben in Übersee drei Kredite in Höhe von 1 356 129; 531 000 und 600 000 Contos (1 Conto = 100 Escudos) auf. Das sind zusammen ca. 333 Millionen DM, nachzulesen in Kapitel 15 des portugiesischen Staatsbudgets 1969. In diesem Jahr hatte Portugal allein in Übersee 130 000 Soldaten stationiert.

Der Haushalt von 1970 brachte eine Erhöhung der Militärausgaben um 829 063 Contos gegenüber 1969 auf 10 544 613 Contos (=1,414 Milliarden DM). Zum Vergleich betragen zum Beispiel die geschätzten Ausgaben für den gesamten dritten Fünfjahresplan nur 4 372 300 Contos, das sind ungefähr 41% des Militärhaushalts von 1970.

„Mit einer so riesigen Investition am Damm wäre es lächerlich, wenn wir nicht alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen würden, um gegen die Offensive (der Guerillakämpfer) vorzugehen“ (ein Offizier der portugiesischen Kolonialarmee in der Südafrikanischen Zeitung „Rand Daily Mail“ am 28. 2. 1969). Die Bundesrepublik Deutschland lieferte übrigens auch Waffen nach Portugal. Der Vertrag ist allerdings Ende 1970 ausgefallen und die Bundesregierung hat nach vorläufigen Verlautbarungen „voerst nicht die Absicht, einen neuen Vertrag abzuschließen“.

Die militärischen Ambitionen Südafrikas

„Wir sind bereit Terroristen überall dort zu bekämpfen, wo man uns das erlaubt“ (B. J. Vorster, Premierminister von Südafrika).

So sind nicht nur in Rhodesien 2700 südafrikanische Soldaten zur Guerillabekämpfung eingesetzt und Luftwaffeneinheiten aus beiden Ländern aufgestellt

worden, sondern auch über 5000 südafrikanische Soldaten in die mozambiquanische Provinz Tete entsandt worden. Die südafrikanischen Truppen werden seit 1968 nach Mozambique geschickt; ihre besondere Aufgabe ist der Schutz des Staudammes.

1968 wurde in Südafrika das militärische Rekordbudget von 271,6 Millionen Rand festgelegt: Die Ankäufe von Waffen wurden gegenüber 1967 verdoppelt. Verbunden damit ist ein militärischer Fünfjahresplan über 1647 Milliarden Rand (=9 Milliarden DM) mit verstärktem Ausbau von Luftwaffe und Marine. Das pro-südafrikanische Blatt „Background to South Africa and World News“ schreibt im März 1969: „Indem sich die südafrikanische Republik an die elektrische Energie aus dem Cabora Bassa Damm bindet, hat sich das Argument verstärkt, Portugal nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch zu unterstützen“.

Die Regierungen von Südafrika, Portugal und Rhodesien dementierten zwar wiederholt die Existenz eines Vertrages über gegenseitigen militärischen Beistand, geben aber zu, daß regelmäßige Treffen von Politikern und hohen Offizieren der drei Länder stattfinden.

Der Führer der südafrikanischen „Opposition“ Sir de Villiers Graaft, Mitverfechter der Außenpolitik seiner Regierung, sagte im April 1969 („Background to South Africa and World News“ vom März 1970): „Die Portugiesen kämpfen auch für die Belange von Südafrika. Wenn sie verlieren würden, würde ein höchst unangenehme Situation an einer der bedeutendsten Grenzen Südafrikas entstehen. Darum muß Südafrika jetzt in diesem nicht-militärischen Bereich (gemeint ist, wie er später hinzufügt, das Cabora Bassa Projekt und der Staudamm am Cuene), der eine so gute Unterstützung bei ihrem Kampf gegen die Terroristen ist, helfen.“ In diesem Zusammenhang ist auch ein Auszug aus der „Elektrotechnischen Zeitung“ zu verstehen, die im Februar letzten Jahres schrieb: „An sich hat Südafrika das im Augenblick mehr als 200 Elektrizitätszentralen besitzt, die Lieferung aus dem Ausland keinesfalls nötig“.

Der wirtschaftliche Nutzen am Cabora Bassa Projekt ist für Südafrika nur eine angenehme Nebenerscheinung, während der politische, das heißt der rassistische Zweck im Vordergrund steht. Sogar die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ meint, wenn auch noch südafrikanische Truppen „Jagd auf die Partisanen“ machten, „dann

wäre in der Tat kaum noch Aussicht auf eine Änderung der politischen Verhältnisse in diesem Teil Afrikas“. Die südafrikanische Armee, die „überall dort Terroristen bekämpft, wo man es ihnen erlaubt“, ist mit Napalm, Giftgasen und Raketen ausgerüstet. Zusammenarbeit auf nuklearem Sektor soll mit Israel und Portugal bestehen. Auch die deutsche Industrie und einige deutsche Kriegsforscher unterstützen die nuklearen Bestrebungen Südafrikas.

Die Frelimo

„Der militärische Stellenwert des Cabora Bassa Staudamms ist groß. Als im Jahre 1964 der Befreiungskampf der Frelimo in den Distrikten Niassa und Cabo Delgado im Norden Mozambiques begann, konzentrierte Portugal seine militärischen Kräfte entlang der Linie Nacala-Mondiba direkt

und errichtete in der Provinz Tete – wo jetzt der Damm gebaut wird – ihre zweite Operationszone.

Mit Cabora Bassa will Portugal seine militärische Taktik ändern: wenn es ihm gelingt, diesen Damm zu bauen, gelingt es ihm gleichzeitig, den Marsch der Frelimo nach Süden zu blockieren und die Soldaten der Frelimo daran zu hindern, sich mit den Guerillas der ANC-ZAPU zu verbinden, die am Oberlauf des Sambesi in Rhodesien kämpfen.

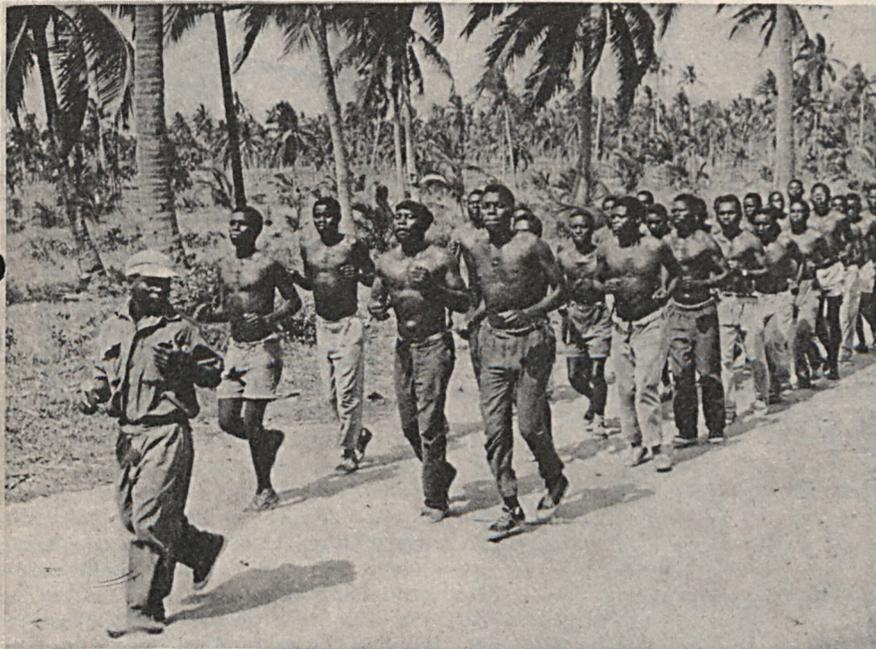
In den letzten Wochen verstärkte die Frelimo ihre Aktivität im Tete-Gebiet, was auch die wöchentlichen Berichte der portugiesischen Armee in Mozambique bestätigen. Dies trotz des Eingreifens der südafrikanischen Truppen, die sich bereits in Chioco, Chicoo, Magué und Zumbo mit den Frelimo-Guerillas konfrontiert sahen. Diese Konfrontation der Befreiungsbewegungen nicht nur mit portugiesischen, sondern auch mit südafrikanischen Truppen ist das erste Mal, daß die

sich befreit.“ (Eduardo Ferreira, Frelimo, in „Rotes Forum“ vom 3. 6. 70)

Portugal versucht sich politisch und militärisch durch eine möglichst große Beteiligung von internationalem Kapital am Cabora Bassa Projekt abzusichern. Entsprechend ist die Frelimo bestrebt, durch die Briefe an die Regierungen der Länder, die Portugal bei der Unterdrückung Mozambiques helfen, als auch durch Informationsveranstaltungen auf die Lage der Schwarzen in Südafrika aufmerksam zu machen und Portugal zu isolieren.

Am 19. März 1970 schrieb die Frelimo folgenden Brief an Bundeskanzler Brandt: „Es ist längst an der Zeit, dem Einverständnis zwischen Ihrem Land und dem faschistischen Portugal ein Ende machen, ein Einverständnis, das begann, als Portugals Regierung ihre Fahnen bei Hitlers Tod auf Halbmast setzte. Es ist an der Zeit, daß Ihr Land aufhört, die tragische Schande zu tragen, Helfer und Investor rassistischer Regime zu sein. Es wird Zeit, daß die Deutsche Mark, die Sie auf dem Finanzmarkt gerade aufgewertet haben, ihren Beigeschmack von Blut und Leiden verliert.“

Nachdem es den 50 000 Mann starken portugiesischen Truppen in kleineren Kämpfen nicht gelungen war, die mozambiquanische Freiheitsbewegung zu zerschlagen oder entscheidend zu schwächen, startete das portugiesische Militär im Herbst 1970 zu einer Großoffensive. Es gelang den Portugiesen auch hier nicht, die Stellung der Frelimo in Mozambique zu erschüttern. Um weiteres ausländisches Kapital für den Staudamm am Cabora Basso zu gewinnen und um den Investoren die Sicherheit des Projekts vorzutauschen, streuten die portugiesische Regierung und Presse das Gerücht aus, ihre Großoffensive „Gordischer Knoten“ sei erfolgreich gewesen. Die Frelimo hingegen dementiert diese Meldung und bezeichnet die portugiesische Offensive als kostspielig und erfolglos. „In einem jetzt bekannt gegebenen Kommuniqué der Organisation (Frelimo) heißt es, die portugiesischen Siegesmeldungen seien „absolut falsch“. Die Portugiesen hätten starke Verluste erlitten und seien zurückgeschlagen worden. Mehr als 200 portugiesische Soldaten seien getötet und zwei Brücken über den Luambala und den Rureco gesprengt worden. In der Provinz Cabo Delgado sei bei Langolo ein in den USA gebautes Flugzeug abgeschossen worden.“ (Aus der „Frankfurter Rundschau“ im Januar 1971)



Frelimoausbildung in Bagamoyo (Tansania)

an der südlichen Grenze Tansanias, um die Frelimo hinter dieser Linie zu halten. Jedoch durchbrachen die Befreiungskräfte 1965 diese Linie und dehnten ihre Tätigkeit in Niassa und Cabo Delgado weitgehend aus. 1968 hielt die Frelimo sogar ihren Kongreß in der Provinz Niassa ab

Auseinandersetzung direkt von der Ebene des Kolonialkrieges auf die Stufe des direkten antiimperialistischen Kampfes verlagert wird. Hier wird sich zum großen Teil entscheiden, ob die weiße Bastion in Afrika gefestigt wird, und damit, ob das südliche Afrika versklavt bleibt oder

Possen-Reißer

Das Studentenwerk braucht einen neuen Geschäftsführer

Eigentlich sollte es Reißers vorletzte „Großtat“ sein, aber die Mensapreis- und Mieterhöhungen im Herbst (siehe dsz 115) wurden zur letzten. Denn sein Ziel, Stellvertreter und Kronprinz Zeschky zu seinem Nachfolger als Studentenwerksgeschäftsführer küren zu lassen, verfehlte er.

16 Jahre herrschte Reißer im Studentenwerk. Bevor er zu diesem Job kam, war er unter anderem 1952/53 stellvertretender AstA-Vorsitzender und Sozialreferent. Zu der Zeit stritt er sich mit einem Claus Hackenberger herum, ein Mitarbeiter der damaligen dsz-Redaktion, der sehr erstaunliche Geschichten über den Frühling zu verfassen verstand (siehe 3. Umschlagseite).

Seitdem war in sehr vielen Ausgaben der dsz etwas von oder über Reißer zu lesen. Zunächst fast nur von: Ab dsz 11 schrieb Reißer geraume Zeit eine ständige Rubrik, in der er Beschwerden hauptsächlich über das Mensaessen „beantwortete“.

„Wie ißt man in der Mensa, wenn man Vegetarier ist?“

Antwort: „Mit Messer und Gabel! Falls „was“ statt „wie“ gemeint ist, bitten wir um Entschuldigung, wenn wir zuviel Fleisch anbieten.“

„Kann das Essen während der Ferien nicht etwas abwechslungsreicher sein? Es essen nicht nur Proleten in der Mensa!“

Antwort: „Essen überhaupt welche da?“ Diese Antwortpossen wurden ergänzt durch allgemeine Hinweise wie den, daß es mit Rücksicht auf andere Kommilitonen nicht opportun sei, jeden Tag im Studentencafe fernsehen zu wollen: „– Machen wir es also so: Sonntag, Mittwoch, Freitag: Fernsehen. An den übrigen Tagen: Alles andere.“

Am Schluß dieser Reißerischen Mitteilungen stand jeweils:

Wenn Sie sich auch gelegentlich ärgern, betrachten Sie das Studentenwerk immer als Ihren Freund.

Die Tatsache, daß aus dem „gelegentlichen“ ein häufiges Ärgern und der Freund unfreund(schaft)lich wurde, zwang uns im Laufe der Zeit, immer mehr über und gegen Reißer zu schreiben.

Es wäre höchst überflüssig, hier noch einmal Reißers Taten und Untaten aufzuzählen. Sollten sie doch noch jemanden interessieren, kann er sie in den Studentenzeitungen der letzten Jahre nachlesen. Dabei wird er auch auf das Interview vom November 68 stoßen (dsz 96). Gut zwei Seiten lang bemühte sich Reißer damals zu erklären, weshalb es richtig sei, daß ab 23.00 Uhr in den Wohnheimen kein Damenbesuch empfangen werden dürfe. Seine „Argumente“ vermochten nicht nur uns, sondern auch den Vorstand des Studentenwerks nicht zu überzeugen: Der beschloß wenige Tage später, den 23.00 Uhr Paragraphen ersatzlos zu streichen.

In den letzten Jahren widmete sich Reißer vornehmlich der Förderung seiner Karriere in der Darmstädter CDU. Der Eifer zahlte sich aus: Seit Januar ist Reißer Stadtbaurat. Die fachliche Qualifikation dazu mag er sich in den ständigen Streitereien mit Hochschulbauamtsleiter Köhler erworben haben.

Nachdem Reißer im Studentenwerk gekündigt hatte, verlangten die Studentenvertreter im Vorstand eine Ausschreibung der Geschäftsführerstelle. Aber die Personalvertreter, Amend und Dehmelt, waren darauf bedacht, den letzten Wunsch ihres Freundes und Chefs zu erfüllen: Sie beharrten auf Reißers langjährigem Stellvertreter Zeschky als legitimum Thronanwärter. Dabei konnten sie auf die Unterstützung der Professoren im Vorstand hoffen.

Nachdem anstelle von Professor Wittgen, dessen Amtszeit schon überzogen war, Professor Kade vom Senat in den Studentenwerksvorstand entsandt worden war, wurde Zeschkys Position aussichts-

los. Er entschloß sich, lieber in das Angebot eines Industriekonzerns einzuwilligen.

Nun endlich stimmte der gesamte Vorstand einer Ausschreibung der Stelle zu. Es bewarben sich neun Kandidaten, von denen der Vorstand am 27. Januar sieben „sehr schnell als nicht geeignet“ (Vorstandsmitglied Herold) aussondern konnte. Vermutlich hätten sich mehr qualifizierte Bewerber gefunden, wäre der Verdienst in den Anzeigen nicht „aus Versehen“ (Vorstandsmitglied Knaup) zu niedrig angegeben worden. In der Tat war nie daran gedacht, den Geschäftsführer nur nach BAT II zu bezahlen.



**Einladung zum
kostenlosen
Proberauchen!**

Probieren Sie zungenmilden
Pipe Tobacco! 6 Pröbchen
gratis. Postkarte genügt.

EXCLUSIV Tobacco
83 Landshut, Postfach 568

Die beiden nach der Vorauswahl verbliebenen Anwärter lud der Vorstand für den 3. Februar zu einer Anhörung ein. Sollte man sich auf keinen der beiden geeinigt haben, wird die Stelle erneut ausgeschrieben.

Weil die Personalvertreter die Ausschreibung so lange bockiert hatten, wird der neue Geschäftsführer voraussichtlich erst im Juli sein Amt antreten können. Für die Übergangszeit hat der Kultusminister den Geschäftsführer des Marburger Studentenwerks Egermann mit der Wahrnehmung der Geschäfte in Darmstadt beauftragt. Egermann hat schon Übung: Als in Gießen ein neuer Geschäftsführer gesucht wurde, leitete er auch dort das Studentenwerk kommissarisch.



Abfüllung und Alleinvertrieb von COCA-COLA, FANTA und SPRITE für die Kreise Darmstadt, Groß-Gerau und Dieburg

**GETRÄNKE-INDUSTRIE DARMSTADT
HOFFMANN KG**

6100 Darmstadt, Holzhofallee 19/21
Telefon 8 41 41 und 8 20 86

Mehr Geld für „Würdige“

Stipendium und Freibeträge wurden erhöht

Die Studienförderung nach dem Honnefer Modell ist mal wieder erhöht worden; der Höchstbetrag wurde ab Januar 71 auf 400,- DM heraufgesetzt. Schon 1964/65 ergab eine Sozialumfrage der hessischen Studentenschaften, daß die Lebenshaltungskosten eines bescheiden lebenden Studenten 420,- DM bis 450,- DM betragen. Das deutsche Studentenwerk berechnete vor einiger Zeit einen Mindestbedarf der Studenten von 520,- DM im Monat.

Die langjährige Forderung der Studenten nach familienunabhängiger Förderung bleibt weiterhin unerfüllt (siehe dazu: „Studentische Sozialpolitik“, Hochschulführer THD 1970/71, S. 170ff). Honnef wurde 1957 mit dem Ziel eingerichtet, sozial schwachgestellten Studenten die Hochschulbildung zu ermöglichen. Zu dieser Zeit war das Ziel glaubwürdig: An den deutschen Hochschulen studierten 6% Arbeiterkinder bei einem Bevölkerungsanteil der Arbeiter von rd. 50%. Heute, nach 14 Jahren, haben wir noch nicht einmal 10% Arbeiterkinder an den Hochschulen; der Bevölkerungsanteil der Arbeiter ist etwa gleich geblieben.

Da bis zum Ende der Rückmeldefrist die neuen Förderungsanträge gestellt sein müssen, drucken wir die „Informationen des Studentenwerks“ ab. Nach den neuen Richtlinien zur Förderung der Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hess. Staats-Anz. Nr. 3, 1970, S. 92ff) hat sich die Höchstförderungszeit für einige Studienfächer geändert.

Für die Studenten, die nach dem 1. 1. 1970 das Studium begonnen haben, beträgt die Höchstförderungszeit bei den Fachrichtungen Bauingenieurwesen, Biologie, Elektrotechnik, Geisteswissenschaften, Geographie, Geologie, Paläontologie, Geophysik, höheres Lehramt, Maschinenbau (inclusive Schiffs- u. Flugzeugbau), Mathematik, Meteorologie, Mineralogie je 10 Semester, bei Chemie 12 und bei Physik 11 Semester. Bei Studenten, die ihr Studium vor 1970 begonnen haben, sind diese Höchstförderungszeiten jeweils um ein Semester länger. Die Förderungszeit für die Fachrichtung Informatik beträgt vorläufig 9 Semester, nach Erlass einer Rahmenprüfungsordnung wird sie endgültig festgelegt.

Gleichgeblieben ist die Förderungszeit unter anderem für folgende Fachrichtungen: Architektur, Metallkunde, Psychologie, Vermessungswesen je 10 Semester;

Lehramt an Berufs-, Berufsfach- u. Fachschulen 9 Semester; Wirtschaftsingenieurwesen 11 Semester.

Die angegebenen Zeiten stellen jeweils die Höchstförderungszeit dar. Zunächst maßgebend für die Förderungszeit ist die von der Hochschule für das jeweilige Fach vorgesehene Studienzeit. Will eine Hochschule die Höchstförderungszeiten überschreiten, ist die Zustimmung des Kultusministers erforderlich, der seinerseits eine Abstimmung mit dem Bundesminister des Innern herbeiführen muß. Die Richtlinien zur Förderung nach Honnef sind nicht immer eindeutig auslegbar. Leider läßt sich von der Förderungsabteilung des Studentenwerks nicht sagen, daß sie darauf bedacht ist, diese Spielräume zugunsten der Studenten zu nutzen. Wiederholt mußten sich Darmstädter Studenten in einem Gerichtsverfahren bestätigen lassen, daß sie förderungsbedürftig sind.

Mangelhaft waren oft auch die Informationen über Förderungsmöglichkeiten und die Beratung der Studenten durch die Abteilung. Auch in den hier abgedruckten „Informationen des Studentenwerks“ wird nicht auf die Möglichkeit der Gewährung von zusätzlichen Darlehen hingewiesen. Auf Anfrage erklärte Herr Mögel, Leiter der Darmstädter Förderungsabteilung, daß man diese Möglichkeit bewußt nicht propagiere, um die Studenten vor der Gefahr einer zu hohen Verschuldung zu bewahren.

Das Marburger Studentenwerk zum Beispiel hält es nicht für notwendig, seine Studenten derart zu bevormunden. Sie werden durch Stempelaufdruck auf den Honnef-Anträgen darauf aufmerksam gemacht, daß sie neben den berechneten Sätzen (Stipendium beziehungsweise Bürgschaftsdarlehen) zusätzlich monatlich ein Darlehen von 100 DM erhalten können. Bekommt ein Student zum Beispiel im günstigsten Fall den vollen Honnef-Satz von jetzt 400 DM, so hat er mit dem Darlehen monatlich 500 DM zur Verfügung. Allerdings, so Mögel, sei diese Handhabung in Marburg außergewöhnlich. Nach einem neuen Erlass dürfe das zusätzliche Darlehen nur gewährt werden, wenn ein Student hohe Nebenausgaben nachweisen könne; Beispiel: ein Chemiestudent, der oft teure Geräte anschaffen müsse.

Allerdings ob ein förderungsbedürftiger Student wirklich ein Stipendium erhält, hängt davon ab, ob der Hauptförderungsausschuß ihn auch für „förderungswürdig“ hält. Seit Jahren steht die Arbeitsweise dieses Ausschusses, vor allem seines Vorsitzenden Rohmert, immer wieder im Kreuzfeuer studentischer Kritik. Seit Jahren fordern die Studenten die Abwahl beziehungsweise den Rücktritt von Rohmert.

Rohmert ist bekannt für seine elitären Leistungsvorstellungen und der damit verbundenen kleinlichen Interpretationen der wachsweißen Richtlinien. Er ist be-

elektro- heizung

sauber
preiswert
komfortabel



Hessische
Elektrizitäts-AG

Darmstadt
HEAG-Haus
am Luisenplatz
Telefon 191-283



Kompetenzen überschritten: Rohmert

kannt für seine selbstherrlichen Entscheidungen und sein Hinwegsetzen über Senat, Gesamtförderungsausschuß und Hauptförderungsausschuß und für seine Versuche, seine elitären Vorstellungen durch Androhung von Obstruktion (Weigerung, die Honnef-Anträge zu unterzeichnen, um eine pünktliche Auszahlung zu verhindern) durchzusetzen.

Rohmert ist bekannt dafür, daß er sich der Kritik nicht in den oben genannten Gremien stellte, sondern glaubte, sich zum Beispiel durch eine lächerliche Presseerklärung rechtfertigen zu können. Seine Abwahl wurde unter anderem auch durch sein mehrmaliges Nichterscheinen im Senat verhindert.

Als Ende 1969 versucht wurde, unter den Fakultäten eine Koordination und Vereinheitlichung der Kriterien für eine „Förderungswürdigkeit“ zu finden und die meisten Fakultäten darauf verzichteten, zusätzliche Prüfungen und Leistungsnachweise für Honnef-Empfänger zu verlangen, lief Rohmert dagegen Amok. Er legte nicht beim zuständigen Förderungsausschuß Widerspruch ein, sondern wandte sich nach Wiesbaden, wo er das Ministerium auf die geplante großzügigere Förderungspraxis aufmerksam machte und sich seine Leistungsvorstellungen per Erlaß bestätigen ließ.

Statt zu versuchen, möglichst vielen Studenten zu helfen, sieht Rohmert in seinem Posten eine Möglichkeit, seine Vorstellungen von einer Höchstbegabtenförderung zu realisieren. Dabei trifft er gerade diejenigen, die durch ihre Herkunft aus der unteren Klasse sowieso aufs äußerste benachteiligt sind.

Daß Rohmert nicht nur in Zweifelsfällen zu Ungunsten der Studenten entscheidet, hat er unlängst erneut gezeigt. In unverschämter Überschreitung seiner Kompetenzen strich er mehreren Studenten die Förderungsbeträge, indem er sich über die von den Fakultätsausschüssen getroffenen Entscheidungen über Förderungs-

Informationen des Studentenwerkes

Ab 1. Januar 1971 wurde der Förderungsmeßbetrag für die Studienförderung nach dem Honnefer Modell von DM 350,— auf DM 400,— erhöht.

In bestimmten Fällen ist er zu kürzen

- a) um DM 50,— bei Wohnung im Elternhaushalt außerhalb des Hochschulortes
 - b) um DM 80,— bei Wohnung am Hochschulort
- Die Freibeträge für ein Elternpaar von 750,— auf DM 850,—
für einen alleinstehenden Unterhaltsverpflichteten
von DM 490,— auf DM 550,—
für ein unversorgtes nicht studierendes Kind
von DM 240,— auf DM 270,—

Sie erhalten noch eine monatliche Förderung, wenn das monatliche *Nettoeinkommen* Ihrer Eltern (Vermögen wird nach den Richtlinien ebenfalls berücksichtigt) die nachstehend aufgeführten Beträge nicht übersteigt:

- DM 1.630,— mtl. bei einem studierenden Kind (Antragsteller)
- DM 1.900,— mtl. bei einem studierenden Kind
und einem unversorgten nicht studierenden Kind
- DM 2.680,— mtl. bei zwei studierenden Kindern
und einem unversorgten nicht studierenden Kind
- DM 2.170,— mtl. bei einem studierenden Kind
und zwei unversorgten nicht studierenden Kindern
- DM 2.850,— mtl. bei zwei studierenden Kindern
und zwei unversorgten nicht studierenden Kindern
- DM 2.440,— mtl. bei einem studierenden Kind
und drei unversorgten nicht studierenden Kindern
- DM 3.220,— mtl. bei zwei studierenden Kindern
und drei unversorgten nicht studierenden Kindern

Jeder Geförderte kann, sofern das Honnefstipendium mtl. unter DM 400,— (Wohnung im Elternhaus wird hier berücksichtigt) liegt, den Differenzbetrag bis zu DM 400,— auf einfachen Zusatzantrag mit Bürgschaftserklärung als zinsloses Bürgschaftsdarlehen erhalten.

Auch wenn aufgrund des Einkommens der Eltern ein Stipendium nach den Richtlinien nicht gewährt werden kann, ist in den meisten Fällen noch ein Bürgschaftsdarlehen möglich.

So wird z. B. bei einer Familie mit zwei unversorgten nicht studierenden Kindern und zwei unversorgten studierenden Kinder (einschl. Antragsteller), bei einem monatlichen Nettoeinkommen der Eltern von DM 4.390,—, noch ein monatliches Bürgschaftsdarlehen von DM 50,— auf einfachen Antrag gewährt.

Alle im Rahmen der Studienförderung nach dem Honnefer Modell gewährten Darlehen sind erst ab drei Jahre nach dem zur Berufsausübung berechtigenden Examen mit DM 50,— mtl. zurückzuzahlen.

Durch die hier genannte Erhöhung des Meßbetrages und der Freibeträge wird der Personenkreis der nach Honnef Geförderten wesentlich erweitert.

Wir bitten Sie daher, sich unbedingt in der Abteilung Förderung des Studentenwerkes (Sprechstunden dienstags und donnerstags, 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr) beraten zu lassen.

würdigkeit hinwegsetzte. Dies, obwohl der Sitzung des Gesamtförderungsausschusses vom 10. 6. 1969). Rohmert scheint von einer befremdenden Art von Sendungsbewußtsein besessen zu sein; deshalb ist kaum anzunehmen, daß er von sich aus zurücktritt. Die Studentenvertreter im Senat müssen auf die längst fällige Abwahl drängen.

Krautkrämereien

Fachbereiche ermitteln Beauftragte

Kaum war der PFI-Dozent Ackermann zum Beauftragten für das Amt des Rektors an der zukünftigen Fachhochschule Darmstadt gewählt, versuchte sich sein Gegenspieler Dr. Krautkrämer auf einem neuen Betätigungsfeld.

Er legte sein ungestümes Engagement auf die Wahl der Beauftragten für die Fachbereiche und je einen verschlossenen Brief ins Vorzimmer des Kultusministers und des Staatssekretärs.

Inhalt der Briefe war ein Einspruch Krautkrämers gegen die Wahl Ackermanns für das Amt des Rektors, was zur Folge hatte, daß der 15. Januar, der Tag der Vokation, vorbeiging, ohne daß der Kultusminister eine Entscheidung traf, denn der Kandidat wird letztlich von diesem beauftragt. (siehe Kasten)

In einem Brief forderte deshalb der AStA der Ingenieurschule für Maschinenwesen den Kultusminister auf, die Beauftragung nicht länger zu verzögern.

Da das Kultusministerium keine Empfehlungen für die Übergangszeit formulierte, flocht jeder seinen eigenen Zopf. Krautkrämer gar den seiner parteilichen Beziehungen über Abgeordnete bis in den kulturpolitischen Ausschuß, um Geschehenes zu revidieren und Vorgesehenes zu boykottieren: die Wahlen für die Fachbereiche.

Eine Kleinkunstbühne hätte die Wahl für den Beauftragten des Fachbereichs Päd-

agogik in keinem totalerem Tohuwabohu enden lassen können, wie die innerinstitutionellen Fehden am Pädagogischen Fachinstitut Jugenheim (PFI).

Das Ergebnis ist nichts. Und dieses Nichts setzt sich zusammen aus einer Wahl, die angefochten werden sollte, aber nicht wurde, weil nach § 22,2 des FHG gewählt wurde, das aber erst am 1. 8. 1971 in Kraft tritt, was wiederum die Kandidatin Frau Dr. Abel veranlaßte, die Wahl abzulehnen.

Wesentlich einfacher handhabte man die Wahl für die Beauftragten der Fachbereiche Maschinenbau und Elektrotechnik. Der Personalrat rief zu einer Sitzung ein und guckte die Kandidaten – auch die Gegenkandidaten – aus.

Dann durften die zuständigen Konferenzen wählen: Dr. Weber für den Fachbereich Maschinenbau und Herrn Theda für die Abteilung Elektrotechnik.

Allerdings: Seine Tätigkeit im Arbeitskreis E-Technik läßt die Studenten hoffen, daß Herr Theda seine bisherige recht progressive Haltung gegenüber seinen Kollegen durchsetzt und er die von seinem Vorgänger vorangetriebene Studienreform konsequent fortführt.

Ähnliches erwartet man von studentischer Seite von Dr. Lempert (Beauftragter für den Fachbereich Mathematik, Naturwissenschaften und Datenverarbeitung), der durch seine Arbeit an einer zeitgemäßen



Angefeindet: Ackermann

Ingenieurschuldidaktik seit einigen Semestern neue Unterrichtsmethoden vorbereitet.

Der neu einzurichtende Fachbereich für Sozial- und Kulturwissenschaften konstituierte sich mit dem Attribut „vorläufig“. Und um dem vielsitzigen Reform-Karussell etwas Beschleunigung zu geben, wählte die Versammlung nicht nur Herrn Beier zum Beauftragten, sondern diskutierte und beschloß auch Inhalte eines möglichen Studienprogramms.

Anders in der Kunststofftechnik und der Sozialpädagogik. Dort waren Dozenten und Studenten erschienen, dem einzigen Kandidaten zu applaudieren: Dr. Gnauk – bei 7 (!) Enthaltungen – und Herrn Groth.

Das FHG tritt am 1. August 1971 in Kraft.

Für die Übergangszeit gelten schon die folgenden zwei Paragraphen:

§ 46 (1) Der Kultusminister bestellt für jede öffentliche Fachhochschule Beauftragte, die bis zur Übernahme der Ämter durch die nach diesem Gesetz gewählten Rektoren, Prorektoren und Fachbereichsleiter deren Aufgaben wahrnehmen.

§ 47 (1) Die Beauftragten nach § 46 Abs. 1 wirken auf die Bildung eines vorläufigen Rats hin, der bis zur Konstituierung des Rats nach § 19 die Aufgaben dieses Organs wahrnimmt. Die Vertreter der Studenten im vorläufigen Rat werden von den Studentenschaften der in § 44 genannten Schulen gewählt.

(2) Der Beauftragte zur Wahrnehmung der Aufgaben des Rektors lädt zur ersten Sitzung des Konvents ein und trifft die erforderlichen Vorbereitungen.

In einem Brief hat der Kultusminister die zukünftigen hessischen Fachhochschulen aufgefordert, Beauftragte für das Amt des Rektors und für die Fachbereiche vorzuschlagen.

Aus dem Schreiben geht aber nicht hervor, wie dieser Vorschlag zustande kommen soll.

An der FHS Darmstadt wählte man sinnvollerweise nach den Bestimmungen des FHG (§§ 12, 16, 22), das eine Beteiligung von 1/3 Studenten vorsieht.

In einem Brief an die anderen Fachhochschulen in Hessen hat der Kultusminister inzwischen vorgeschlagen, bei der Wahl der Beauftragten wie in Darmstadt zu verfahren.



mini=markt

Der AStA will sparen

Am 14. und 21. 1. wurde im Studentenparlament der Haushaltsentwurf 1971 in allen drei Lesungen ohne Beanstandungen genehmigt. Das Haushaltsjahr der Studentenschaft deckt sich mit dem Kalenderjahr. Der Haushalt wird in erster Linie von den studentischen Beiträgen getragen. Die Ausgaben teilen sich in vier Gruppen, und zwar in Zuschüsse, Personalkosten, Sachkosten und Rücklagen. Wesentliche Änderungen zum Haushalt 70 gab es nur bei den Personalkosten, die drastisch gekürzt wurden. Sowohl die Aufwandsentschädigungen für die Fachschaften als auch die Halbtagssekretärin der dsz wurden gestrichen. Die Aufwandsentschädigungen für die Fachschaften sind überflüssig geworden, weil die Basisgruppen deren Aufgaben übernommen haben. — dsz und AStA werden ab März in den alten Räumen des Sekretariats zu finden sein. Durch die räumliche Nähe können die beiden AStA-Sekretärinnen besser ausgelastet und die dsz-Sekretärin eingespart werden. Alles in allem hat die Studentenschaft in diesem Jahr einen Sparhaushalt.

Hochschulrahmengesetz verworfen

Auch mit Stimmen von SPD-regierten Ländern beschloß der Bundesrat 50 Änderungen zum Hochschulrahmengesetz. Insbesondere wurden an Stelle von „Muß-Vorschriften“ „Kann-Vorschriften“ gefordert. Außerdem verlangte man, daß Mitbestimmungsrechte der Studenten aufgrund der Ländergesetze, die über die Bundesgesetzgebung hinausgehen, nicht aufgehoben werden. Eine der wichtigsten Änderungen in negativer Richtung war die Forderung der Länder an die Bundesregierung, zu überprüfen, „ob allgemeine Grundsätze über die als Ordnungsrecht bezeichnete Materie in das Hochschulrahmengesetz aufgenommen werden sollten“. Trotz dieser Verzögerung wird das HschrG voraussichtlich bis 1975 verabschiedet sein und das Studium noch stärker als bisher reglementieren.

Modernen, maßgeschneiderten, schweren Herrenwintermantel, Konfektionsgröße ca. 52, tailliert, Neupreis ca. DM 400,—, verkauft für ca. DM 100,— Tel. 74944

Verkaufe Kamera Voigtländer Vito B, Prontor SVS, Color-Skopar 1:2,8/50 mit Zubehör (Blitz und anderes) für DM 75,—; modernes Metallrahmenbett DM 15,—; Absorber-Kühlschrank ca. 50 l DM 30,—; US-Armeezelt für 2 Personen DM 25,— Tel. 74944

Zwei 6-Volt-Batterien je ca. DM 25,—; Elektrische Farbspritzpistole DM 30,—; Diagonalfelgen 155-15 (VW) 60% Stück DM 10,—. Tel. 74944 o. Fuhrmannstr. 12

Suche VW-Motor 1300, 40 PS
Tel. 44590, Christian Knaup,
Dst., Darmstr. 26

Suche BUCHENAU/STOLZE:
Stahl-Hochbau II,
sowie Schreyer/Ramm/Wagner: Praktische Baustatik Teil 2
Firlus, Riedeselstr. 64, Tel. 1677608

Antiquariat: Remy: Grundr. der Anorg. Chemie DM 5,—; Düsterdieck: Starkstrom-Gesetze, Geräte, Masch. DM 5,—; Hicks: Einf. in die Volkswirt. L. DM 2,—; Thum-Meyenb.: Werkstoffe des Masch. B. DM 1,—; Scherrer-Stoll: Physik Übungsaufg. I, II, III, je DM 2,—; Westphal: Physik. Prakt. DM 10,—; Timoshenko-Young: Engin. Mechanics DM 15,—; Finner: Taschenb. Der Bauwirt DM 12,—; Mäkelt: Baustoffe DM 3,—; Betonstein-Normen DM 1,—; Lehrmann-Stolze: Ingenieurholzbau DM 10,—; Buchenau-Stolze: Stahlhochbau DM 8,—; Schulze: Grundbau DM 8,—; Kirschmer: Steinzeugrohrtab. (Prandtl.-C.) Gratis Firlus, Stud.-Heim, Riedeselstr. 64, Tel. 1677608

Zeichenmaschine. Neuwertige komplette Kuhlmann-Zeichenanlage mit **Brettgröße 700x1000 mm** nach Studienabschluß zu verkaufen: Zeichenmaschine optima G mit Gewichtsausgleich durch Gegengewicht und Zeichenkopf ZKOB (Basisverstellung); Zeichentisch optima G (700x1000 mm), stufenlos höhen- und neigungsverstellbar bis zur Waagerechten mit Balance-Gewicht, Bremsbetätigung durch seitliches Fußpedal. Zubehör: 2 Maßstabs-Sätze (1:1 +

Tuschkante; 1:2,5+1:5); Spezialleuchte, Ablegeleiste. Neupreis: DM 819,50. Nähere Auskünfte: tagsüber Tel. 162754 abends Tel. 58365

Zu verkaufen: Fiat 1500, Bauj. 1964, 4-türig, 55 000 km, DM 300,— (aus amerik. Besitz: entw. ausschachten oder Lenkung justieren und neuzulassen) Zubehör: 5 Sommer-, 2 Spikesreifen.

„Hieb- und Stichwaffen“ für Sammler u. Liebhaber, v. Edmund Wagner, 190 S. Leinen, 34/45 cm, Vorzugspreis DM 40,—, Schlarbach, Riedeselstr. 64, Tel. 1677601

Suche ca. 100 kräftige und wasserfeste Pfeifenraucher, die mit mir die Sprinkleranlage im Audimax testen. Wulf Rührich, Erbacher Str. 10

Betrifft: mini=markt

Als Leserservice — oder Lebenshilfe — drucken wir Kleinanzeigen ab, zu Kleinstpreisen. Einheitstarif bis auf weiteres: DM —,50 pro Inserat. Bitte möglichst nicht mehr als 10 Zeilen (ca. 400 Schreibmaschinenschläge).

Die Anzeigen können unter Chiffre oder mit Adresse aufgegeben werden.

Die Anzeigenmanuskripte sollten in der Redaktion abgegeben werden (Mensa-Ostflügel, gegenüber dem Auslandsamt); wochentags ab 12.30 (morgens studieren wir).

Die nächste Ausgabe erscheint um den 10. Mai 1971.

Anzeigenschluß ist am 3. Mai 1971.

*Men like its
flavor
Women
love its aroma*

**RUM
and
MAPLE
PIPE
MIXTURE**

2.50

Gratismuster * PLANTA * Berlin 61

Der Frühling war bei mir!

Ein Märchen

Durch Täler aufwärts dem Strome entlang bin ich gewandert im Nebel am Morgen, über den Mittag und in kalter, klarer Abendluft. Mich trieb die Unrast, die freudige der Erwartung, daß sich das erfülle, des Anzeichen ich an meinem Wege spürte und sah. Es war in den Wäldern ein gar unheimliches Geräusch unter den Bäumen im Unterholz. Unsichtbar, unhörbar und dennoch deutlich zu vernehmen waren Kräfte am Wirken und in der Stille war emsige Geschäftigkeit, wie wenn zum Aufbruch alles sich rüste; ein feines Summen in der würzigen Luft.

Übermütige Pferde zogen Wagen über Weidland und Acker und in den Dörfern saßen die alten Leute wieder plaudernd auf der Bank vor dem Hause. Freundlich waren die Mienen und manch Gruß traf mich, den verwundert ich erwiderte. In mir lag das Eis noch und das Bleiche des Winters. In mir noch war das Dunkle langer Abende, das Traute, das Einsame.

Solches in den Sinnen betrat ich eine alte kleine Stadt. Ein richtiges Rathaus war da aus uralter Zeit, geduckte Häuser vom Fachwerk geziert, krumme Gassen, über denen handgeschmiedete, herrliche Schilder im Winde schaukelten, schiefe Dächer mit bemoosten Ziegeln, Menschen, gemütlich und in biederem Gewändern längst vergangener Jahre.

Ich kam zum Schloß am Rande der Stadt und war benommen von der Pracht der Tore, von der Schönheit der Türme. Eine große Treppe führte empor zu weiter Sicht über Land und Siedlung und Menschen. Die Decke des Ganges war geschmückt von reichen Ornamenten, und in den Scharten der Fenster lag altes Gerät, Kreuze, beschriftete Steine und Schwerter. Die Kapelle, eine richtige Kirche schon, trug goldene Figuren auf blauem Hintergrund; die Bänke waren zerkniet und die Pulte gebleicht von Tränen und über allem brannte das ewige Licht.

Als ich wieder ins Freie trat, wurde ich geblendet von der Sonne feurigem Strahl und als ich zum Schutze die Hand erhob — welch Wunder sah und hörte ich da!

Vorn bei den Toren stand von Tressen geschmückt die Schildwache mit funkelnder Lanze und ein Herold jagte über die Brücke ins Weite. Ich drückte mich still an die Mauer, da kam vom Saale her ein festliches Geleit mit Pagen und Jungfern, Ministern und Räten, und Ritter trugen den Baldachin.

Und nun — mir stockte der Atem — ich sah den Fürsten!

Das Zepter in der Hand grüßend und dankend den Hochrufen des Volkes. Sein Mantel war Windeshauch, seine Kleider waren wie Wolken, sein Schwert war gleißend Sonnenstrahl. Ich folgte dem Zuge und sah wie unter seinem holden Lächeln die Menschen sich wandelten und wie die Erde, die er betrat, von grünem Hauch sich überzog. Die Sträucher am Rande des Weges erbrachen die Knospen und ein Duft von jungem Wachsen mischte sich in den Wind. Das Volk jubelte: Der Frühling, der Frühling und war außer sich. Da traf mich sein Blick. Dem Zuge wurde zu halten geboten und er winkte mich heran. Ein Fremder sei ich und erklärte mein Staunen im Gesicht. Lächelnd behauchte er mich, ich berührte sein Schwert. Er wandte sich — doch in mir war die Hülle zersprungen, das Düstere wurde hell, in mir jauchzte mein Herz, meine Seele, mein Sinn und ich wurde selber zum Aufbruch, selber zum Boten, und in seliger Wonne verkündete ich, daß die Krume sich brach und die Saat sich erhob, daß die Bäume den Saft wieder in die Adern sogen, daß die Erde gebar. Denen, die am Wege standen, allen erzählt ich, der Frühling war bei mir.

Claus Hackenberger

HUNDEBETT
„TIERDANK“
 Je nach Grösse 14,50 M. - 29 M.
 FABR.: LOUIS HERRMANN, DRESDEN-A. 7.



Pfui! Pfui!
 Welch garstiger Geruch in Schlafzimmer u. Nachtschränken!
 Wie gesundheitsschädlich!
 Man benutze meinen zierlichen, eleganten und billigen Nachtgeschirrdeckel und der Uebelstand ist vermieden.
 Mein Deckel passt auf jedes Geschirr. Er ist von unbegrenzter Haltbarkeit u. kann abgewaschen werden, weil mit Linoleum-Einlage. In fein weiss oder elfenbein lack. Preis fürs Stück 2 Mark.
 Prospekt kostenlos.
 In jeder Stadt Niederlagen in einschlägigen Geschäften. Wo nicht, liefere ich direkt gegen Nachnahme.
 Arthur Lange,
 Bahnh. Grossharthau, Sachs.



Junger Akademiker
 sucht Briefwechsel mit Dame der Gesellschaft, die ihn den Weg ins Leben zurückführt. Briefe unt. H. F. an den Verlag der „Jugend“.

Welche Dame würde dramatischem Schriftsteller zw. Förd. sein. Arb. pecuniär behilflich sein. Rückgabe n. Vereinbarung eventl. später Heirat. Gef. Offerten unter „Empor“ an den Verlag der „Jugend“.

Reich durch Sand
 Jeder der Sand hat verlange gratis Broschüre 98 über Sandverwertung
 Heinrich Strube, G. m. b. H., Welda 1/Thür.



Undeutsch

und gefährlich ist das Pariser Korsett. Es zerstört die Gesundheit und vernichtet die Aussicht auf gesunde Nachkommenschaft, welche die wichtigste Grundlage für den Fortbestand des deutschen Volkes in seiner Größe und Kraft bildet.

Weg damit aus unserem Kulturkreis!

Echt deutsch und schönheitsbildend sind der Thalsia-Büstenhalter und der Thalsia-Edelformer; sie begünstigen alles, was das Pariser Korsett zerstört. An Schönheit der Wirkung sind sie ihm überlegen, an hygienischen Eigenschaften himmelweit voraus! Eine echt deutsch fühlende Frau, ein echt deutsch empfindendes Mädchen benützen nur diese beiden deutschen Körperbildner!

Undeutsch,

sittenlos und sinnlos ist die Pariser Damenmode. Sie füllt die Taschen unserer Feinde, sie macht ihre deutsche Trägerin zum Zerrbild eines menschlichen Wesens. In ihrer Schamlosigkeit ist sie unserer pflichtbewußten deutschen Art geradezu entgegengesetzt.

Weg mit der Pariser Mode aus deutschem Land!

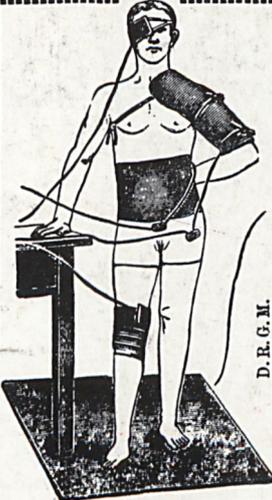
Gräme Dich Nicht!

Heizbarer Steigbügel
 Reiterfreude!



Eine Wohltat für jeden Reiter im Winter
 Preis pro Paar inkl. Kohle... M. 11,50
 Erhältlich überall. Wo nicht, wende man sich an den alleinigen Fabrikanten
C. MAQUET G. m. b. H., HEIDELBERG

LiAnn Tot ist Ihnen eine konstante milde Wärme,
 sagt Ihr Arzt, wenn Sie **Rheuma, Gicht, Ischias, kalte Füße** quälen. — Nichts besseres dagegen als Hilzinger's **Electro-Dauerwärmer**, d. h. elektr. heizbare schmiegsame Kompressen, Schuhe, Teppiche, Bettwärmer etc. in allen Formen und für alle Zwecke; an jede Lichtleitung, selbst im Auto anzuschliessen. Konsumiert nicht mehr Strom als 1—3 Glühlampen je nach Grösse. Tag und Nacht anwendbar, Temperatur nach Belieben zu regulieren. Erste ärztliche Referenzen. Alleiniger Fabrikant:
W. Hilzinger-Reiner, Stuttgart N.
 — Verlangen Sie sofort Prospekte. —



**Schränkt den Bargeldverkehr ein!
 Beredelt die Zahlungssitten!**

Facultas virilis

Prospekt geschlossen für 50 Pfennig.
 Heintr. Hub. Schmitz München 2 G.

Pst! Gesamte Herrenlektüre **Bücher und Bilder** Scherzsachen, Kuriosa aller Länder zu Spottpreisen. Reichill. Kat. nebst hochf. Mustersond. 4 Int. Cabinets, briefl. 50 Pf. Exquis. Probesend. (14 Chosen) 3 M. franko. Moderne Bucherei, München, Häberlstr. 11/6

Elektrizität verleiht Kraft

Hunderttausende haben dieselbe in der Jugend vergeudet und verloren. Haben Sie unerschütterliches Vertrauen zu den wissenschaftlichen Erfahrungen grosser Männer. Sie werden sie wieder erlangen. Bestellen Sie sich Krankheitsberichte hervorragender ärztl. Autoritäten über die Wirkung der Elektrizität in derartigen Fällen. Sie erhält. dieselb. geg. 20 Pf. für Porto von **KÜSTER & Co., Frankfurt a. Main Nr. 157 a.**

Mit **einem Griff gerafft** wird jeder Rock durch **Blitz-Kleiderraffer**
 Unsichtbar, da an der Innenseite des Rockes anzunähen.
 Zusammengeklappt.
 Überall zu haben od. direkt durch: **Felix Warbaize & Co., Hamburg 23.**

